

EP-FK-01 EP-FK- Was uns schützt.

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

Text

1 Liebe Wählerinnen und Wähler,
2 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das
3 erhalten, was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht
4 weniger als unseren Frieden und Wohlstand.

5 **Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden** 6 **schafft**

7 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen
8 Jahrzehnten Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun
9 Zutrauen und Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten,
10 später dann Mauern und Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit,
11 Rechtsstaat und Demokratie.

12 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

13 Die Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für
14 Schutz und Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie
15 selbstverständlich. Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach
16 diese Gewissheit.

17 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in
18 Frieden zu leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen
19 Familie zu sein und zu bleiben. Er richtet sich aber auch gegen europäische
20 Werte, gegen Demokratie und Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen
21 Schutz die Europäische Union für uns alle bedeutet.

22 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen
23 haltmachen, kann ein starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der
24 sich so viele Menschen sehnen. Denn wo die Durchsetzungskraft des einzelnen
25 Nationalstaates endet, fängt die der Europäischen Union erst an.

26 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir
27 wollen es stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit
28 sichern, um unsere Freiheit zu wahren.

29 **Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand** 30 **mehrt**

31 Frieden in Europa und unser Wohlstand sind untrennbar miteinander verbunden.
32 Mehr noch, ihre Verknüpfung war Ausgangsidee der europäischen Einigung: Die
33 Interessen der einzelnen Staaten sollten derart eng miteinander verwoben werden,
34 dass Krieg fortan „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ werde.

35 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung
36 entstand eine politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von
37 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der
38 unverzichtbaren Ergänzung wirtschaftlicher Einigung.

39 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der
40 Welt, der technologische Wandel und die Klimakrise: Sie alle stellen uns und
41 unsere Gesellschaft, stellen Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen.
42 Wir müssen deshalb mehr tun, als den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen.
43 Wir müssen jetzt dort vorangehen, wo die Arbeitsplätze und der Wohlstand der
44 nächsten Jahrzehnte entstehen.

45 Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren Wohlstand,
46 Ihre Freiheit und Ihre Sicherheit zu schützen.

47 Im Zentrum unseres politischen Angebots steht eine Infrastrukturunion: aus
48 Wasserstoffnetzen und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aus
49 Solarpanelen und Windparks, aber auch aus modernen Krankenhäusern und
50 verlässlichen KITAS – aus Institutionen also und Standards, die Gerechtigkeit
51 stärken und Ihre Rechte schützen. Wir wollen Europa ganz wörtlich verbinden.

52 In einer Zeit, da insbesondere China und die USA massiv in die klimaneutrale
53 Modernisierung ihrer Wirtschaft investieren, brauchen wir eine strategische
54 europäische Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen
55 Wettbewerb besteht – und sich im Rennen um den ersten klimaneutralen
56 Wirtschaftsstandort der Welt durchsetzt. Wenn wir das Klima schützen, schaffen
57 wir: gute Arbeitsplätze, saubere Infrastruktur und sicheren Wohlstand.

58 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab:
59 Sie reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige
60 Schutzstandards aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück,
61 die Wirtschaft und Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag
62 erschwert.

63 Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der
64 Zukunft sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die
65 Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir
66 wollen unseren Wohlstand nicht nur für die Wenigen mehren, sondern
67 sicherstellen, dass er bei den Vielen ankommt, die ihn erarbeiten: in der Breite
68 der Gesellschaft.

69 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen, schützen wir unsere
70 vielleicht kritischste Infrastruktur: unsere vielfältige Natur und
71 Artenvielfalt, unsere Umwelt und unser Klima. Die Folgen des Klimawandels haben
72 wir in den letzten Jahren europa- und weltweit immer drastischer zu spüren
73 bekommen. Extremwetter haben Leben gekostet, Häuser und Ernten, Wohlstand und
74 Arbeitsplätze zerstört.

75 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien
76 und rasche Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die
77 Ausbildung unserer Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das
78 Schutz bietet: für seine Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

79 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

80 Der Weg dorthin: Verantwortung

81 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir
82 treten an für eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine
83 Politik mit klaren Zielen, die zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für
84 eine Politik, die Antworten gibt.

85 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im
86 nationalen Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und
87 nahbarer machen. Wir wollen Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für
88 Sie. Ein Europa, wie es sein könnte.

89 Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass
90 wir dadurch gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt,
91 sondern ernst ist, bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war
92 gerade in einem Europa der Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür
93 oder dagegen, nie schwarz oder weiß. Wer deshalb den Kompromiss als solchen
94 ablehnt, dem geht es ums Rechthaben, nicht darum, Lösungen zu finden; der nimmt
95 hin, dass das Vertrauen in die Demokratie erodiert; der nimmt in Kauf, dass die
96 Einheit Europas leidet.

97 Diese Einheit „war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie
98 ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“ Was Konrad Adenauer vor rund 70
99 Jahren sagte, könnte aktueller kaum sein. Vom Traum zur Hoffnung zur
100 Notwendigkeit: Die Europäische Union ist alles davon. Sie mag bisweilen
101 anstrengend sein und ja, sie muss besser werden. Doch sie bleibt der Schlüssel
102 zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit.

103 Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die
104 Fähigkeit des Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und
105 Demokratie zu verteidigen. Wenn wir heute vor gleich mehreren
106 Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt menschengemacht, wenn deren Gleichzeitigkeit
107 und Größe auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir als Europäerinnen und
108 Europäer: Die Antwort wird es auch sein – menschengemacht und europäisch.

109 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Europäischer
110 Erfolg hat keine politische Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen
111 in Deutschland und Europa lebenswerter macht. Was uns stärker macht. Was auch
112 Sie schützt.

113 Eine solche Politik: Das ist unser Angebot an Sie.

EP-FK-2 EP-FK- A – Was Wohlstand schützt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

Text

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis
2 hin zum internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative
3 Wirtschaft ist global wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein
4 zweiter Mitgliedstaat von der europäischen Integration und dem Binnenmarkt.
5 Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen oder Hessen werden zwischen
6 Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt, als lägen diese
7 Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die
8 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die
9 Kräfte bündeln.

10 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen
11 Interesse. Vor allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der
12 nächsten Jahre und Jahrzehnte entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die
13 klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist für
14 uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und
15 Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, zur
16 Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für
17 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

18 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während
19 China oder die USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der
20 Zukunftstechnologien investieren. Wir nehmen die Herausforderung an: Wir wollen,
21 dass sich Deutschland und Europa auf den Märkten der Zukunft durchsetzen – bei
22 erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen Dienstleistungen und
23 Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem Stahl.
24 Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch
25 Sicherheitspolitik.

26 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen
27 natürlichen Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren,
28 mit Lebensräumen für eine große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den
29 Küsten und in den Wäldern. In ihrem Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in
30 unmittelbarer Nachbarschaft zu High-Tech-Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in
31 lebenswerten ländlichen Räumen verankert, lässt sich aus den Städten in wenigen
32 Stunden in Wälder oder Berge reisen.

33 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche
34 Dienstleistungen in einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet
35 aber eben auch saubere Luft, reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

36 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein
37 klimaneutrales Fundament stellen – eines, das über die nächsten Jahre und
38 Jahrzehnte trägt. Wir haben den European Green Deal auf die Agenda gesetzt, er
39 ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in allen Bereichen
40 seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung über Mobilität und
41 Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend zu

42 einem entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren
43 Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das
44 Klima schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.

45 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und
46 Industriepolitik, die Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut;
47 die den Mut zu gezielten strategischen Investitionen aufbringt; die uns
48 unabhängig macht von den Autokratien dieser Welt – und unser aller Leben damit
49 krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von der Sonnenenergie aus
50 Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren Energien und die
51 Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der Europäischen Union (EU)
52 eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die
53 industrielle Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu
54 sichern.

55 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich
56 die besten Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir
57 Bürokratie abbauen, dann tun wir das, um die EU in den Dienst der
58 Europäer*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu stellen. Und wenn wir die
59 Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten im Sinne der
60 Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.

61 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind
62 wir es. Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben,
63 die wirksam und wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und
64 systemischer Konkurrenz gleichermaßen aufzunehmen.

65 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die
66 Sicherheit schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den
67 Wohlstand und Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im
68 Einklang mit der Natur und dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der
69 nicht die soziale oder geografische Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das
70 Geschlecht über die Chance auf ein gutes Leben entscheiden, sondern in der alle
71 Menschen am Wohlstand teilhaben können.

72 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

73 **1. Ein klimaneutrales Europa**

74 **In Energiesicherheit investieren**

75 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit
76 effizienter und nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten
77 Kontinents nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als
78 Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis
79 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die europäische
80 Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral sicherzustellen. Denn nur die
81 Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer günstigen
82 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir
83 wollen, dass Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

84 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die
85 Elektrifizierung von Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive

86 Investitionen in den Ausbau von Wind und Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch
87 stärker europäisch zusammenarbeiten. Gleichzeitig müssen wir energieeffizienter
88 werden und die entsprechenden Vorgaben weiter anpassen.

89 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er
90 gebraucht wird, wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische
91 Stromnetz stärken und dabei vor allem die Verbindungen zwischen den
92 Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein stabiles europäisches Stromnetz macht uns
93 widerstandsfähiger und erhöht unsere Versorgungssicherheit. Das hat die
94 Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich gegenseitig
95 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare
96 Energien fit machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer
97 irgendwo der Wind weht oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-
98 Netzplanung – insbesondere für grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der
99 Windenergie in den Meeren der EU. In Zukunft müssen darüber hinausgehend die
100 Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und Wärmenetze zusammengedacht werden.
101 Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und die Bedingungen von
102 Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer Energien aus.

103 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu
104 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet.
105 An diesen Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen
106 Energieregionen an. Jedoch wird Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima-
107 und gesundheitsschädlichste Form der Energieerzeugung und hat deshalb keine
108 Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um in der EU die
109 Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,
110 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt.
111 Gleichzeitig hat uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
112 gezeigt, wie abhängig wir noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das
113 mit sich bringt. In den kommenden Jahren ist im Einklang mit unseren Klimazielen
114 deshalb auch ein endgültiger Abschied vom fossilen Erdgas nötig. Wir wollen es
115 vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff
116 ersetzen.

117 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht
118 geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare,
119 mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre
120 unzuverlässig. Der Bau neuer Kraftwerke ist teuer und langwierig. Der Müll
121 belastet noch unzählige nachfolgende Generationen. Wir setzen in der EU nicht
122 auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

123 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien,
124 weshalb wir Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben
125 wollen. Um in den nächsten Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der
126 Klimakrise und zur Energiesicherheit leisten zu können, kommt die Kernfusion
127 jedoch zu spät.

128 Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten

129 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber
130 1990 um rund ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis
131 2030 mindestens 55 Prozent ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen.
132 Durch den reformierten Emissionshandel wird ein schnellerer europäischer

133 Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele für erneuerbare Energien
134 verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder Chemieprodukte, die nach Europa
135 importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO₂-Fußabdruck
136 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge
137 um. Gebäude in der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen
138 gesetzt. Damit hat Europa den richtigen Weg eingeschlagen.

139 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen.
140 Europa soll der erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es
141 kein Abrücken geben, und es muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040
142 braucht es deswegen Zwischenziele, die die EU sicher zu Klimaneutralität in
143 Erfüllung des Pariser Klimaabkommens führen. Das Zwischenziel für 2035 wollen
144 wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens international
145 zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.
146 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und
147 die europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

148 Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen

149 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas
150 und rein in erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen
151 wird es aber auch in Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem
152 Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie.
153 In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen nutzen und das CO₂ direkt
154 bei der Produktion abscheiden, speichern und gegebenenfalls nutzen (Carbon
155 Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll dies aktiv gefördert werden. Wir
156 wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen dafür schaffen und eine
157 integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer europäischer CO₂-
158 Speicher – entwickeln.

159 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger,
160 auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO₂-Konzentration in der
161 Atmosphäre aktiv senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau
162 einstellt. Dafür stärken und entwickeln wir negative Emissionen – also
163 natürliche und technische Prozesse, die der Atmosphäre CO₂ wieder entziehen.

164 Intakte Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder und
165 Moorböden sind natürliche CO₂-Speicher. Deswegen benötigen wir klare Regeln für
166 die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die
167 Aufforstung von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer
168 Negativemissionen wie die CO₂-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO₂-
169 Speicherung in der Anwendung prüfen und an Pilotprojekten evaluieren. Die EU
170 braucht – wie Deutschland – klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen,
171 ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels zu handeln.

172 Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen

173 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie
174 speichern und transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil
175 unserer zukünftigen Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger
176 überall dort ersetzen, wo Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür

177 sorgen, dass Europa bei der Anwendung Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu
178 heben, entwickeln wir die Europäische Wasserstoffstrategie weiter und
179 unterstützen die Erforschung von umfassenden Ansätzen zur Erzeugung und
180 Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die Netzausbaukosten
181 minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen eingesetzt werden. Mit
182 Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm
183 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser
184 Schlüsseltechnologie.

185 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen
186 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur
187 für den Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med
188 können wir grünen Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen
189 Südeuropas in die Industriezentren Deutschlands transportieren. Das ist ein
190 Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

191 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen
192 Wasserstoff und strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU
193 sowie wind- und sonnenreichen Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl
194 potenzieller Partnerländer können wir auf diesem Weg eine diversifizierte
195 Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten vermeiden. Durch
196 Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass die
197 Länder des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von
198 der grünen Energiezukunft profitieren.

199 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff
200 vorerst ein sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen
201 wir daher vorrangig auf die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen
202 und Heizungen, da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt.
203 Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort einsetzen, wo eine Elektrifizierung
204 nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören etwa die Produktion von
205 Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie
206 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff
207 bei geringer Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur
208 Stromerzeugung einsetzen, um die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien
209 jederzeit sicherzustellen.

210 Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen

211 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen
212 verbunden. Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss
213 klimaneutral immer auch sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus
214 dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an
215 die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die
216 besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Wir wollen
217 deshalb, dass die Mitgliedstaaten – wie etwa Österreich mit dem Klimabonus – ein
218 Klimageld pro Kopf auszahlen.

219 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und
220 Kommunen, ihre Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist
221 solidarisch und demokratisch, denn damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben
222 es in der Bundesregierung erheblich vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu

223 nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz von Bürgerenergie soll noch
224 finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen europäisch besser
225 verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben können – indem sie
226 Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt
227 an ihre Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien
228 gespeicherte Energie einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

229 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch
230 zukünftig bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die
231 Weiterentwicklung der europäischen Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden
232 und Heizungen, um Gebäude schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen
233 Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei vor allem auf Beratung und
234 finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne
235 entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt und wie
236 Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

237 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent
238 aufeinander abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der
239 Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei den Verbraucher*innen. Durch die
240 Umstellung der Förderung von erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern
241 wir die Stromverbraucher*innen gegen hohe Kosten ab.

242 **2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort**

243 In Innovation und Resilienz investieren

244 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine
245 strategische europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-
246 Generation-EU (NGEU) hat uns in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt
247 und stark dazu beigetragen, dass Europa wirtschaftlich und politisch
248 zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht diese wichtige
249 Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns
250 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen
251 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

252 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und
253 Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im
254 Rahmen der Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter
255 zusammenwächst – mit einem voll ausgebauten und integrierten europäischen
256 Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa den
257 klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von
258 morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und unsere
259 Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

260 Industriepolitik aktiv gestalten

261 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus
262 kleinen, mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für
263 unseren Wohlstand ist. Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind
264 zwei Hebel für uns zentral:

265 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen
266 der EU für Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat
267 seinen eigenen Firmen unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in
268 vielen Bereichen den Goldstandard auf der Welt setzen, leistet gerade für
269 Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag zu unserem Wohlstand. Ihn
270 werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

271 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit
272 ihrem Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer
273 Produktionsstandorte für Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an:
274 Für die EU gilt es, dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik
275 entgegenzusetzen, die Europas Stärken stärkt. Sie setzt bei der Forschung an und
276 reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine
277 Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen
278 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für
279 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn
280 wir wollen, dass Europa an der Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die
281 Produkte der Zukunft in Europa erdacht und hergestellt werden. So sichern wir
282 Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der Aufbau einer europäischen
283 Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des Industriestandortes
284 Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

285 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein
286 Förderdschungel entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und
287 unbürokratisch an die bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein
288 entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im Vergleich zu den USA. Wir treten
289 für eine kohärente und leicht verständliche Industriepolitik ein, bei der auch
290 Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür wollen wir relevante
291 Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische Ebene
292 verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage
293 versetzt wird, schnell und wirksam zu handeln.

294 Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten

295 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa
296 gleichzeitig seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse
297 komplett klimaneutral werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

298 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion.
299 Dafür muss die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im
300 europäischen Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der
301 erneuerbaren Energien und der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit
302 Leben, damit genug grüne Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa
303 zur Verfügung steht.

304 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem
305 europäischen Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu
306 wollen wir einen europaweiten Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts
307 for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und somit in einem
308 Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst
309 kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO₂
310 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher

311 und günstiger eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir
312 europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus
313 klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir
314 beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl
315 vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt geschaffen,
316 der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang setzt.
317 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf
318 klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich
319 beschleunigen, weil dies zu schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem
320 Erhalt von industrieller Substanz und guten Arbeitsplätzen beiträgt.

321 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und
322 Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen
323 Förderprogrammen wollen wir gezielt die Produktion dieser Produkte in Europa
324 begünstigen.

325 Den Binnenmarkt stärken

326 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und
327 hilft, Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler
328 Hebel, die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er
329 ermöglicht es den europäischen Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall
330 in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer*innen ermöglicht er, überall in der EU zu
331 arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und vertiefen: Wo es in
332 Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27 verschiedene
333 befolgen.

334 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft,
335 übergeordnete Ziele zu erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit,
336 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen.
337 Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um widerstandsfähiger gegenüber Krisen
338 und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

339 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen
340 Unternehmen durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht
341 verschärft. Ein solches Update braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür
342 wollen wir das New Competition Tool wiederbeleben, das die Kommission schon
343 einmal vorgeschlagen hatte.

344 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht
345 bekämpft und Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht
346 den Erfolg des Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten.
347 Allerdings steht Europa heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen
348 Wettbewerb mit anderen Staaten, die sich nicht an diese Regeln halten. Gerade
349 für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-Kommission deshalb einen
350 dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten eine
351 aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich
352 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit
353 bei Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen
354 Produktionsanlagen in den Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von
355 Produktionsprozessen auf Klimaneutralität.

356 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU
357 die Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der
358 europäischen Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um
359 Mikroelektronik ermöglicht und koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit
360 für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren gerade im Kontext der IPCEIs
361 beschleunigt werden.

362 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

363 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir
364 wollen mehr Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute
365 Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So
366 wachsen wir aus der Mitte heraus. Fachkräfte sind das Rückgrat der europäischen
367 Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für akademisch ausgebildete Fachkräfte wie
368 für solche mit handwerklicher oder industrienaher Ausbildung. Davon hängt auch
369 das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in
370 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

371 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote
372 für alle bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und
373 Fachkräfte von außerhalb gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die
374 Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In vielen EU-Ländern arbeiten
375 Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen auf
376 EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die soziale
377 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

378 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch
379 gut bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den
380 Unternehmen und Betriebe, in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen
381 beschäftigt sind, bei der EU-Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr
382 Frauen ausbilden bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den
383 Betrieben werden wir neue Ideen entwickeln, wie wir eine gleichberechtigte
384 Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen können.

385 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von
386 Fachkräften geht, vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im
387 Krankenhaus. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie
388 ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-Initiative
389 ausgeweitet werden und vielen weiteren Berufsgruppen zugutekommen.

390 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr
391 Auskommen, wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer
392 klimaneutralen Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen,
393 attraktiven Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie
394 wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zusammenbringen, gerade in noch
395 strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet dafür einen Hebel:
396 Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass
397 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife
398 befolgt werden.

399 3. Stabile Finanzen

400 Europa finanziell wappnen

401 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre
402 finanzielle Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir
403 auch zu einem relevanten Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können.
404 Diesen Anspruch wollen wir endlich erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren
405 sind weitreichende Entscheidungen zur Finanzierung unserer gemeinsamen
406 europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu treffen.

407 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle
408 Ausstattung der EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale
409 Beiträge verbessern. Im Krisenfall haben sich zudem auch gemeinsame europäische
410 Anleihen bewährt. Zweitens muss die EU deutlich mehr Handlungsspielraum im
411 Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame Investitionen in
412 strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und für eine
413 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen
414 starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU,
415 als auch für ein neues großes Investitionsprogramm streiten.

416 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen
417 deutlich aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt,
418 gezielt die Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den
419 entscheidenden Feldern der Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die
420 Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin überprüfen. Das betrifft
421 insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die Ausgaben verwalten.

422 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU
423 voraus. Gerade in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer
424 nicht nur aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch
425 eigene Einnahmen, die ihre finanzielle Ausstattung langfristig sichern. Dafür
426 wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen, die infolge europäischer
427 Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen.

428 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der
429 möglichen Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt
430 zugutekommen. Auch die Einnahmen aus dem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus
431 (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU-Haushalt zufließen.

432 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu
433 einer Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den
434 bereits 2020 von Rat und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln
435 in die Tat umsetzen. Dabei muss die Finanzierung der notwendigen nationalen
436 Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

437 Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen

438 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine
439 Grundvoraussetzung für Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in
440 Europa. Doch die Architektur der Währungsunion ist weiterhin unvollständig und

441 Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das wollen wir durch ein umfassendes
442 Maßnahmenpaket ändern.

443 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir
444 die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit
445 der Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen
446 und der Umstellung auf Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in
447 Krisen ab und etablieren endlich eine gemeinsame europäische parlamentarische
448 Kontrolle über zukünftige EU-Hilfsprogramme.

449 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-
450 Kurzarbeitergeldes SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in
451 Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten Jobs sicher schützen können. Und wir
452 wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit auch der Finanzsektor
453 in Krisen stabilisierend wirkt.

454 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die
455 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen
456 Ländern jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen
457 und Wachstum schaffen. Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der
458 Vorschlag der Europäischen Kommission werden diesem Anspruch nicht gerecht.
459 Deshalb braucht es eine ambitionierte Reform, deren Ergebnis von der Kommission
460 konsequent durchgesetzt wird.

461 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld
462 und zum Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die
463 Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht Verbraucher*innen digitalen
464 Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann
465 er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur Souveränität der EU
466 und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter leisten.

467 Bankenunion vollenden

468 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das
469 Finanzsystem resilienter werden und konsequent an den europäischen
470 Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine
471 Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren
472 Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.

473 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen
474 von Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine
475 weitere Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer
476 hohen Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der
477 Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Mit einer europäischen
478 Einlagenrückversicherung, die den Erhalt der Institutssicherungssysteme von
479 Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt, einem funktionierenden
480 Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit Privatkund*innen
481 vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass Kreditinstitute
482 im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir Banken
483 verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,
484 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der
485 Klimaneutralität steht.

486 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie
487 Ratingagenturen, Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und
488 berücksichtigen. Wir setzen uns dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen
489 Gesetzgebung ein, um unnötige Bürokratie – insbesondere bei kleineren
490 Unternehmen – zu verhindern.

491 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung
492 umweltverträglicher Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es
493 falsch, Atomenergie und Erdgas als nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist
494 aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn dafür brauchen wir auch starke
495 und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder Windräder, die bisher
496 in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser abbilden.
497 Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit
498 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend
499 finanziert werden. Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt
500 werden.

501 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich
502 an Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die
503 Finanzaufsicht hat mit dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch
504 nicht Schritt gehalten. Um das Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen
505 wir deshalb die europäischen Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden
506 Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und ein staatliches Labelsystem für
507 nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen sollen Klarheit haben,
508 welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer
509 Wirtschaft leistet.

510 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das
511 Vertrauen der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch
512 Provisionen haben dafür gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante
513 oder unpassende Finanzprodukte verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in
514 der Finanzberatung mittelfristig keine Rolle mehr spielen und jedem den Zugang
515 zu unabhängiger provisionsfreier Beratung ermöglichen. Nur so können wir die
516 Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich machen.

517 4. Steuergerechtigkeit

518 Steuerhinterziehung bekämpfen

519 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle
520 ihren fairen Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für
521 Krankenhäuser, für eine gute Bus- und Bahninfrastruktur. Mutige
522 Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in den letzten Jahren eine
523 ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie
524 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in
525 Niedrigsteuerländer zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen
526 und Steueroasen bis hin zu Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast
527 auf die Bürger*innen und besonders kleine und mittlere Unternehmen ab, die
528 rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge verursacht Steuermisbrauch
529 EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro. Steuerbetrug und

530 Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann hier
531 einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

532 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von
533 Gewinnen in Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht
534 strengere Kriterien, um sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen
535 wirklich vollständig wird. So fehlen aktuell namhafte Steueroasen wie
536 beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von null Prozent müssen
537 automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise Bermuda
538 oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste
539 gesetzt wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch
540 getroffen werden.

541 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden
542 wesentlich verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen
543 zu stärken. Wir begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst
544 werden sollen.

545 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur
546 existieren, um Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die
547 Mitgliedstaaten auf, den entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und
548 ohne ihn abzuschwächen anzunehmen – die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit
549 Vorreiterin.

550 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es
551 sich beim Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung
552 in Niedrigsteuerländer. Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur
553 Einführung eines EU-weiten Systems für die Quellensteuer auf Dividenden und
554 Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren Schritt ein – einen EU-weiten
555 Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das Problem von
556 Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

557 Steuerdumping beenden

558 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb
559 zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren
560 faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die
561 Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen Geschäftsmodellen, die
562 internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So profitieren die
563 großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen oder
564 Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen
565 Niederlassung oder Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die
566 Nutzer*innen digitaler Dienste verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der
567 Bäckerladen um die Ecke einen deutlich höheren Steuersatz zahlt als ein
568 internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren gerechten Anteil zur
569 Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

570 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist
571 ein großer Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs
572 auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
573 (OECD) – endlich auf eine Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen
574 von 15 Prozent geeinigt. Damit können sie sich einem Mindeststandard an
575 Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den Mitgliedstaaten und der

576 Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur
577 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die
578 Mindestbesteuerung ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen
579 Steuersystems. Er reicht aber noch nicht aus, damit die großen
580 Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale Unternehmen in Europa
581 fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell stockenden
582 Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-
583 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

584 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für
585 alle sichtbar macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene
586 Steuerberichterstattung von Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein
587 Meilenstein. Wenn große Unternehmen offenlegen, wie viel Steuern sie in den
588 einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu einer besseren Kontrolle ihrer
589 Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder erfasst. Wir werden
590 darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der
591 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite
592 Aufschlüsselung relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen
593 Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es
594 darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für Steuerbegünstigungen, die
595 einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

596 Gemeinwesen solidarisch finanzieren

597 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von
598 Unternehmen einen fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch
599 zu finanzieren, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale
600 Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die starke Ungleichverteilung und
601 Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

602 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik
603 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer
604 wieder durch Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die
605 bestehenden Möglichkeiten der Verträge ausschöpfen, qualifizierte
606 Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch eröffnet die Überwindung des
607 Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen Handlungsspielraum.

608 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch
609 hohe Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen
610 Gewinnen einiger Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die
611 durch sprunghaft gestiegene Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass
612 sich die EU in dieser Situation auf eine Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch
613 die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an die Gesellschaften
614 zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation wurde
615 durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene
616 Produktionskosten gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der
617 Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen
618 Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Schlupflöcher wie das
619 Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder die Gewinnverlagerung
620 ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in erneuerbare Energien
621 reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

622 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau

623 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern

624 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
625 Herausforderungen unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres
626 gesamten Kontinents und darüber hinaus. Deswegen ist eine europäische
627 Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und Institutionen aus ganz
628 Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Forschung unterstützt,
629 ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,
630 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche
631 Mobilität, für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder
632 Alzheimer in Europa erdacht und produziert werden.

633 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die
634 Forschungsaktivitäten der EU bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei
635 Antragsteller*innen sehr beliebtes Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen
636 sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten europäischen Finanzrahmen ausbauen.

637 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die
638 missions- und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die
639 Klimaforschung, für die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste
640 Quote von 35 Prozent für die europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir
641 treten für eine gut ausgestattete Grundlagenforschung ein – etwa im European
642 Research Council, der Exzellenzforschung par excellence. Die für Forschende so
643 wichtige Marie-Skłodowska-Curie-Mobilitätsförderung wollen wir verstetigen. Wir
644 machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und Geisteswissenschaften
645 (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen, denn sie sind von
646 hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und
647 Demokratie. Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei
648 zugänglich sein sollen, wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin
649 stärken.

650 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was
651 den Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den
652 Anspruch: Horizont Europa muss noch internationaler werden und weitere
653 Partnerländer einbinden.

654 Aus Ideen Wohlstand machen

655 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender
656 Bedeutung. Wir wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen.
657 Innovationen sind als Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den
658 wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

659 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte
660 Forschung, die uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit
661 anzugehen: Wir brauchen beispielsweise einen schnelleren Roll-out der
662 erneuerbaren Energien, effektive Behandlungen für Krebs, smarte digitale
663 Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht zuletzt soziale
664 Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont Europa
665 sollen sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen,

666 wollen wir Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die
667 Industrie zusammenbringen.

668 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und
669 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so
670 ausbauen, dass sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer
671 Umsetzung unterstützen.

672 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen
673 und dabei neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften
674 bzw. Fachhochschulen in den Blick nehmen. Bisher profitieren diese von der EU-
675 Förderung häufig nicht im selben Maße wie Universitäten, sind aber besonders in
676 der anwendungsnahen Forschung sehr stark. Solche Cluster von Forschung, Lehre
677 und Anwendung sind zentral, um Innovationen zu fördern, sichtbar zu machen und
678 vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

679 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies
680 gilt beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der
681 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder
682 Weiterbildungsprogrammen. So können wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen
683 eine Chance geben, sich in die Zukunftsbranchen einzubringen.

684 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem
685 relevanten Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von
686 öffentlich-privaten Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der
687 Industrie verwalten. Wir möchten hier eine Transparenzinitiative starten und
688 sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker
689 von diesen Förderinstrumenten profitieren.

690 Mit Europäischen Start-ups durchstarten

691 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges
692 Gründungsgeschehen. Hier entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von
693 morgen. Dafür muss Gründen schneller und einfacher werden. Wir setzen uns dafür
694 ein, dass bisher weniger aktive Mitgliedstaaten beispielsweise von Estland, dem
695 europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen können.

696 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der
697 Know-How-Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das
698 europäische Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

699 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt.
700 Dort finden Gründer*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen
701 Überblick über alle Förderprogramme für Gründer*innen soll ein digitaler Kompass
702 bieten. Mit einem Klick ohne Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

703 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit
704 anderen EU-Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um
705 Start-ups in der Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir
706 regelmäßige europäische Matching Hubs ins Leben rufen, die private
707 Investor*innen mit Gründer*innen an einen Tisch bringen, eine Messe für
708 Geschäftsmodelle der Zukunft.

709 Mittelstand fördern

710 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor
711 der europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders
712 stark durch die Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen,
713 wollen wir KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze
714 auf ihre Auswirkungen auf KMU überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für
715 angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch
716 vereinfachte Antragsverfahren erleichtern wir den Zugang von KMU zu Förder- und
717 Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-Quoten stellen wir
718 sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die
719 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit
720 nationalen Förderinstrumenten verzahnen.

721 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in
722 der Praxis als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller
723 Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und
724 Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Beispielsweise wollen
725 wir die Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die A1-Bescheinigungen
726 durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

727 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der
728 Verwaltung. Dadurch können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch
729 automatisiert und Anträge leichter gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen
730 so weit wie möglich digital erfolgen. Verfahrensstände sollen online einsehbar
731 werden. Durch eine stärkere Vernetzung von europäischen und nationalen Behörden
732 soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit Daten künftig nur noch
733 einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der
734 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu
735 können. Die Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend
736 abschaffen.

737 6. Digitale Souveränität

738 Europa digital fit machen

739 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer
740 Zeit. Sie erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung,
741 Gesundheit oder Energie völlig neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen
742 für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Vereinfachung vieler Aufgaben
743 für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das Management von Lieferketten
744 in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer Krankheiten. Wir
745 wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und
746 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

747 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer
748 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit
749 stärkt, und einer Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert.
750 Europa muss sich in diesem Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen
751 deshalb die digitale Souveränität Europas sichern, stärken und ausbauen.

752 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine
753 resiliente und klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze,
754 Mobilfunknetze, Knotenpunkte, Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler
755 Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die Entwicklung und Produktion von
756 Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, seien es Halbleiter oder
757 Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische Unternehmen in
758 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die
759 globale Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir
760 mit starken europäischen Akteuren gestalten.

761 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben
762 mitzudenken. Wir wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im
763 legislativen Prozess berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen
764 schneller und effizienter erbracht werden. Vor allem kann die Digitalisierung
765 der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln – vom
766 Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen
767 Praxis handhabbar zu machen.

768 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine
769 riesige Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser
770 Leben vereinfachen und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag,
771 Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-
772 gestützte Verfahren können beispielsweise dabei helfen, den Einsatz von Wasser
773 sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den Ernteertrag erhöhen. Sie
774 schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit. Wir wollen KI nach
775 unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa einen
776 großen Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet
777 wird. Wir wollen diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die
778 bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei Forschung und
779 Transfer.

780 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-
781 Source- und Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

782 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,
783 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie
784 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und
785 vernetzte Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-
786 Plattformen, Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke
787 muss die EU Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital
788 Sustainability Act, ein europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des
789 Sektors für Informations- und Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit
790 optimiert. Eine Abwärmeinfrastruktur von Rechenzentren wollen wir in die
791 europäische Energieinfrastruktur integrieren.

792 Daten rechthebasiert nutzen

793 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für
794 zahlreiche innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von
795 Daten leistet einen wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern
796 und zahlreiche gesellschaftliche Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches
797 Wachstum zu fördern, Ressourcen zu schonen und die wissenschaftliche Forschung
798 voranzubringen.

799 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem
800 an der Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten
801 rechthebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu
802 beigetragen, dass dieses Prinzip bei der Gesetzgebung zur Nutzung und dem
803 verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen im Rahmen der
804 Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City Barcelona können ein
805 Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation
806 vorangetrieben werden.

807 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den
808 vergangenen Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung
809 des Schutzes von personenbezogenen Daten gesetzt.

810 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings
811 unterschiedlich. Während in Deutschland Entbürokratisierung und mehr
812 Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln gegenüber den internationalen
813 Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso konsequent
814 durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der
815 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können,
816 die für alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale
817 Netzwerke und KI entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für
818 eine einheitliche und konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund-
819 und Bürger*innen-Rechte wirksam zu schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen
820 für alle Unternehmen zu schaffen, die eine Sonderbehandlung von Großkonzernen
821 gegenüber KMU ausschließen.

822 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten,
823 Nutzer*innen in der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die
824 Umsetzung zu vereinfachen und allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber
825 hinaus erleichtert der Ansatz es Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke
826 zu spenden und so die für KI-Modelle notwendigen Datenpools zu erzeugen.

827 Digitale Standards setzen

828 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A
829 und O einer erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch
830 gemeinsame Standards gefördert und gewährleistet. Daher treten wir für faire,
831 offene und resiliente digitale Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk
832 richtet sich auf die notwendige Investitionssicherheit für europäische
833 Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und verlässliche Regeln stellen
834 innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche Wirtschaftsräume sicher.
835 Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben
836 wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen
837 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

838 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der
839 Interoperabilität: Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen.
840 Interoperabilität bezeichnet die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von
841 Unternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse
842 abzuwickeln – vollautomatisch, ohne manuelle Zuarbeiten. Das erfordert die
843 Standardisierung gemeinschaftlicher Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden
844 Anwendungsfall. Auf diese Weise können Einzelpersonen, Firmen,

845 Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gleichermaßen
846 miteinander Transaktionen ausführen.

847 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum
848 Durchbruch verhelfen kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der
849 digitale Mobilfunk (GSM). Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen,
850 eröffnet damit Wirtschaftsräume und milliardenschwere Märkte, die vor allem den
851 kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa riesige Chancen bieten.

852 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten
853 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen
854 erarbeiten Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die
855 standardisierten IT-Schnittstellen (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

856 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein.
857 Willkürlichen Konsortien internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir
858 wollen die Standardisierung daher ebenso für Entwickler*innen, die
859 Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen. Damit alle unter
860 gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr
861 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese
862 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und
863 Investitionssicherheit zu sorgen. Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der
864 öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese
865 Standards am Markt durchzusetzen.

866 Verbraucherschutz digitalisieren

867 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im
868 Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier
869 bedeutende Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die
870 Grundsteine gelegt, um klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb
871 wiederherzustellen. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko
872 bewerten, das ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und wo nötig
873 Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin erhalten Wissenschaftler*innen
874 und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu
875 erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es jetzt, in Deutschland
876 und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch Datenzugänge
877 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von
878 Verbraucher*innen im digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden;
879 hierzu wollen wir auf nationaler und europäischer Ebene die
880 Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung digitaler Plattformen muss die
881 Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick nehmen. Immer stärker
882 kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen dieser
883 Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

884 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten
885 und Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss
886 gewährleistet sein, dass diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online
887 handeln können. Dafür werden wir nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen.
888 Wir wollen die Rechte von Nutzer*innen auf digitalen Kommunikationsplattformen
889 stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen sollen miteinander
890 kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher Dienste miteinander
891 in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und

892 verbessert, damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf
893 zurückgreifen können.

894 7. Kreislaufwirtschaft

895 Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren

896 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine
897 klimaneutrale Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir
898 Rohstoffe. Laut Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an
899 metallischen Rohstoffen allein für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040
900 vervierfachen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer
901 Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des Globalen Südens abgebaut – und
902 in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien weiterverarbeitet.
903 Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu 75 bis
904 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die
905 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine
906 Rohstoffquellen diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir
907 setzen uns deshalb für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für
908 regelmäßige und verpflichtende Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um
909 die Rohstoffsicherheit der europäischen Wirtschaft zu gewährleisten.

910 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für
911 mehr Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65
912 Prozent der Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen
913 dürfen. Unser Ansatz der Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die
914 Reduktion des Rohstoffverbrauchs und die Umsetzung einer effektiven
915 Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper Rohstoffe, die
916 Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die
917 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der
918 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei
919 ambitionierte Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

920 Zirkulär wirtschaften

921 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine
922 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen
923 und wir machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur
924 Rohstoffsicherheit ist das Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte
925 Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft verfolgt das Ziel, dass Materialien und
926 Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert,
927 aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Das
928 beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine
929 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines
930 „Designs for Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie
931 nun auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere
932 Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten
933 müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben
934 der Produktion auch die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind.

935 Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des bestehenden Gebäudebestands und
936 den Einsatz modularer Bauweisen.

937 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es
938 einfacher und günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So
939 werden Ressourcen unnötig verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen
940 Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren verursacht. Für eine Gesellschaft ohne
941 Müll wollen wir das Recht auf Reparatur, eine Pflicht zur Bereitstellung von
942 Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren. Auch das Zerstören
943 zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende haben.

944 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund
945 lückenhafter Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente
946 Umsetzung der neuen Abfallverbringungsverordnung den Riegel vorschieben. Wir
947 setzen uns dafür ein, dass Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet
948 werden.

949 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen
950 europäischen Ansatz, damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität
951 auf unserem Kontinent effektiv nutzen können. Dazu gehört auch der heimische
952 Bergbau von knappen Rohstoffen und die Stärkung der
953 Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
954 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und
955 Menschenrechtsstandards ambitioniert voranbringt.

956 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern,
957 Infrastrukturen, aber auch in unseren Deponien und Halden liegen
958 Rohstoffquellen, die wir bislang nicht ausreichend erschlossen haben. Deshalb
959 wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen
960 durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen der Digitalisierung
961 nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen wir neue
962 Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen
963 Primärrohstoffen.

964 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten.
965 Wir wollen die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein
966 Rückgabesystem für Lithium-Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von
967 kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte durch weniger kritische Mineralien
968 ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von Natrium-Ionen-Batterien.
969 Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

970 Rohstoffpartnerschaften schließen

971 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten,
972 setzen wir uns für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf
973 ab, neue und strategische Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und
974 bestehende Partnerschaften zu vertiefen. Wir unterstützen internationale
975 Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership (MSP) und eine
976 verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

977 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen
978 Ländern weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer
979 Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen

980 Kooperationsangebote nicht nur einseitig im europäischen Versorgungsinteresse
981 ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung im
982 Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in Lieferketten zu integrieren. Wir
983 wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere
984 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von
985 Transport- und Energieinfrastruktur fördern.

986 8. Moderne Mobilität

987 Europas Verkehrswende voranbringen

988 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil
989 zu sein. Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem,
990 das klimaneutral funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen
991 Personenkraftwagen (Pkw) komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute
992 Schienenwege und attraktive Züge, ein engmaschiges Netz an Radwegen und
993 Radrouten, den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz,
994 klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive Angebote, um verschiedene
995 Verkehrsträger zu kombinieren.

996 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und
997 selbstbestimmtes Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf
998 dem Land. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter
999 ausgebaut wird. Insbesondere die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen
1000 den Ländern, europäischer Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns
1001 Priorität.

1002 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken
1003 innerhalb Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen.
1004 Ein massiver Ausbau des Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns
1005 deshalb für reduzierte Trassenpreise, eine bessere Förderung für
1006 grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der Eisenbahninfrastruktur und
1007 insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne Schlafwagen ein.

1008 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große
1009 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung.
1010 Insbesondere das industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale,
1011 ressourceneffiziente Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb
1012 setzen wir uns für eine europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau
1013 sicherer Fahrradwege und die Förderung der privaten und gewerblichen Nutzung von
1014 Cargobikes umfasst.

1015 Tickets einfach buchen

1016 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle
1017 Zugreisen in Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-
1018 System können wir Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende
1019 Fahrkarten einschließlich Sharing-Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden
1020 jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht.
1021 Reisende werden anschauliche und transparente Informationen zu den Kosten,
1022 Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die

1023 für sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt,
1024 müssen Buchungen einfacher erfolgen.

1025 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten.
1026 Interrailtickets sollten leichter reserviert werden können. Wir wollen zum
1027 unbeschwerten Reisen einladen und deshalb die Fahrgastrechte stärken. Zum
1028 Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen nächsten Zug oder Bus
1029 nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen betrieben wird.

1030 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine
1031 konsequente Umsetzung des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass
1032 Mobilitätsangebote für alle leicht und günstig nutzbar sind. Insbesondere
1033 Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel
1034 E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um
1035 klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die
1036 Fahrradmitnahme ermöglichen.

1037 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir
1038 mit dem Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das
1039 Deutschland-Ticket soll auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den
1040 grenzübergreifenden Austausch zu stärken.

1041 Antriebswende umsetzen

1042 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur
1043 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele
1044 Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben.
1045 Grüner Wasserstoff und die darauf basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort
1046 eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel nicht preiswerter elektrisch betrieben
1047 werden können.

1048 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und
1049 bietet viele Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der
1050 Antriebswende unterstützen. Die EU hat in einer historischen Entscheidung
1051 beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu
1052 zugelassen werden dürfen. Nun braucht es eine flächendeckende, intelligent
1053 vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle Verkehrsmittel. Es muss ohne
1054 Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von Stockholm nach Syrakus zu fahren. Um
1055 den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu gestalten, wollen wir
1056 aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren beim
1057 Laden eines E-Autos, abschaffen.

1058 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf
1059 der Straße in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden
1060 kann. Dazu braucht es den schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für
1061 Lastkraftwagen (Lkw) entlang der europäischen Fernstraßen und in den
1062 Güterverteilzentren.

1063 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und
1064 Entwicklung durch Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz
1065 orientiert werden. So wollen wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um
1066 leichte und effiziente Lösungen anzubieten. Um den schweren Luft- und
1067 Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die Produktion

1068 nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin. Für
1069 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So
1070 werden fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der
1071 Vergangenheit angehören. Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und
1072 Entwicklung von klimaneutralen Technologien.

1073 Verkehr sicher machen

1074 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab,
1075 dass es keine Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen
1076 uns deshalb für sichere Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in
1077 dicht bevölkerten Innenstädten sowie für ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen
1078 ein.

1079 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für
1080 ambitioniertere Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und
1081 Motorräder wollen wir stärker für die Gesundheit der Menschen in die
1082 Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-Umgebungslärmrichtlinie sowie
1083 quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für die
1084 Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik
1085 anpassen. Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die
1086 Gesundheitsbelastung der Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt
1087 werden. Auch Stickoxide, (Ultra-)Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für
1088 den Schutz der Gesundheit minimiert werden. Die Luftreinhaltungsrichtlinie und
1089 die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte.

1090 9. Gesunde Natur

1091 Unsere Natur bewahren

1092 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft
1093 hängen von ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie
1094 auch in Zukunft noch verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine
1095 entscheidende Aufgabe der Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der
1096 europäischen Lebensräume – von den unberührten Wäldern Nord- und Osteuropas über
1097 die vielfältigen Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin zum Mittelmeer – unser
1098 Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit für unseren Kontinent
1099 steht.

1100 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den
1101 vergangenen Monaten große Durchbrüche erzielt:

1102 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL)
1103 sowie die Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das
1104 Abkommen der UN zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See sind historische
1105 Meilensteine. 30 Prozent der Land- und Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen
1106 unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen sogar unter besonderem Schutz.
1107 Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich besser geschützt und geschädigte
1108 Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals verbindliche Regeln
1109 für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit Meeresressourcen
1110 nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen

1111 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige
1112 Wiederherstellung der europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt
1113 verwirklichen: Eine verbesserte Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der
1114 globalen und europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen
1115 Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den Weg
1116 der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden
1117 Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

1118 Artenvielfalt retten

1119 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes.
1120 Beide bedingen einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf
1121 gegen die Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht
1122 werden.

1123 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern.
1124 Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein
1125 naturnaher Waldumbau und effektiver Meeresschutz.

1126 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis
1127 ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen
1128 und ernsthafte Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und
1129 Wäldern gehören die Ozeane zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die
1130 Klima- und Biodiversitätskrisen.

1131 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8
1132 Millionen Tier- und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben
1133 bedroht – und damit ein unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend
1134 gestoppt werden. Ein wichtiger Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir
1135 Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und um Agrarflächen und Wälder
1136 wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten und den
1137 Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von
1138 Ökosystemen muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere
1139 für den Insekten-, Vogel- und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir
1140 die ökologische Landwirtschaft und naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir
1141 brauchen Misch- statt Monokulturen in Land- und Forstwirtschaft, weniger
1142 Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden Praktiken wie Kahlschlägen.
1143 Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare, einheitliche
1144 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein
1145 einheitliches Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald.
1146 Im Hinblick auf die zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine
1147 europäische Waldbrandstrategie, die durch naturnahe Wälder, die Vermeidung von
1148 Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die Brandgefahr eindämmt.

1149 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder
1150 miteinander vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich
1151 und dadurch stabile Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne
1152 Infrastruktur für Europas Natur. Zentral dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die
1153 genetische Vielfalt fördert die Resilienz unserer Ökosysteme und schafft somit
1154 auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in engem Austausch
1155 mit den Kommunen, Landwirt*innen und Förster*innen entstehen. Darüber hinaus
1156 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden,
1157 ohne einen genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die

1158 Bereitstellung finanzieller Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen,
1159 um nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und der
1160 Artenvielfalt fördern.

1161 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und
1162 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders
1163 betroffene Arten schaffen.

1164 Umwelt schützen

1165 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und
1166 Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer
1167 natürlichen Lebensgrundlagen. Sie belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige
1168 Rolle spielen dabei die Auswirkungen der Nutzung umwelt- und
1169 gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich ist es, Stoffe in den
1170 Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen
1171 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie [per- und polyfluorierte Chemikalien \(PFAS\)](#).
1172 Diese werden seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern,
1173 Medizinprodukten, Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall
1174 dort, wo sie gut ersetzt werden können und insbesondere in verbrauchernahen
1175 Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen. Gleichzeitig
1176 brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die Entwicklung von
1177 Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger
1178 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu
1179 gefährden.

1180 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die
1181 Nachhaltigkeitsanforderungen wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-,
1182 Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir wollen deshalb bei der Reform
1183 des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien (REACH-Regelung)
1184 schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines umfassenderen
1185 Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von
1186 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten
1187 berücksichtigt.

1188 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich
1189 aufstellen. Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für
1190 sichere und nachhaltige Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act)
1191 zur Förderung des Markthochlaufs von Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil
1192 unseres Programms für eine klimagerechte Industriepolitik.

1193 Sauberes Wasser für alle

1194 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu.
1195 Das ist eine große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit
1196 sauberem Wasser sicherzustellen, und ein Stressfaktor für unsere Natur.
1197 Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20 Jahren 20 Prozent seiner
1198 Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie,
1199 die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in
1200 der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben dem Gesetz
1201 zur Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie

1202 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die
1203 dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

1204 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten
1205 Wasserinfrastruktur und einem naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko
1206 von Überflutungen durch Starkregenereignisse reduzieren wir durch mehr
1207 Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und Fassadenbegrünung. Dieser Umbau zur
1208 Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die Luftqualität.

1209 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden
1210 Wasserkrisen, wie an der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben
1211 uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in der EU in frei fließende Flüsse zu
1212 renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Und wir setzen
1213 uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder
1214 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1215 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser
1216 in der Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch
1217 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und
1218 Industrie durch sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir
1219 verstärkt auf Kooperation innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern.
1220 Denn die Erfahrungen in den semiariden Gebieten des Südens werden in den anderen
1221 Teilen Europas dringend gebraucht.

1222 Tiere schützen

1223 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir
1224 wollen, dass Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung
1225 sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer*innen
1226 wollen Tierschutz: Sechs der zehn erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen
1227 setzen sich dafür ein.

1228 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht
1229 und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1230 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-
1231 Aktionsplans zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von
1232 Wildfängen für die Privathaltung wollen wir beenden sowie den Import und Handel
1233 von Arten unter Strafe stellen, die in ihrem Herkunftsland national geschützt
1234 sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von Jagdtrophäen von Tierarten, die durch
1235 das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-Artenschutzverordnung
1236 geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In Handelsabkommen
1237 setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.

1238 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen
1239 erstellen, die Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und
1240 Medizinprodukte wo immer möglich beenden, für Arzneimittelentwicklung und
1241 Grundlagenforschung reduzieren und auch die Förderung tierversuchsfreier
1242 Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die Entwicklung und Anerkennung
1243 von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte tierfreie
1244 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die
1245 Stelle von Tierversuchen treten.

1246 10. Eine starke Landwirtschaft

1247 Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln

1248 Landwirt*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen.

1249 Sie sorgen auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen

1250 sucht. Gleichzeitig erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die

1251 Felder, Wiesen und Weinberge, die Europa auszeichnen. Wir wollen diese

1252 Landwirtschaft stärken – im Einklang mit der Natur und im Dienste aller

1253 Menschen, der Produzent*innen wie der Verbraucher*innen.

1254 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die

1255 die Flächen bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der

1256 Kulturlandschaft bezahlt werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche

1257 Leistung erbringen, und nicht die Eigentümer*innen der Flächen.

1258 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen

1259 Agrarpolitik (GAP), die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer

1260 zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Struktur beitragen, wollen wir konsequent

1261 Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit – und damit für das

1262 Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu gestalten, dass sie

1263 Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt*innen ankommen, die

1264 vor Ort verankert sind.

1265 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der

1266 Landwirtschaft tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder

1267 Hof zählt. Indem wir regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller

1268 und das Lebensmittelhandwerk stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen

1269 Rahmenbedingungen.

1270 Landwirt*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel

1271 in der Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann

1272 und muss einen höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten

1273 und der Preise für die Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für

1274 europaweite Regelungen ein, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1275 Gute Lebensmittel für alle

1276 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie

1277 ist maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine

1278 gute Ernährung für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung

1279 regionaler Wirtschaftsräume, denn die Herstellung und Verarbeitung von

1280 Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und regionale Identität.

1281 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU

1282 kann die Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für

1283 verlässliche Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir

1284 unterstützen daher europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen,

1285 vielfältigen und tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten

1286 Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf

1287 Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize

1288 setzen für eine bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis

1289 Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund

1290 und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei von chemischen
1291 Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So schaffen wir
1292 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1293 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns
1294 deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung
1295 bis 2030 zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von
1296 Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr-
1297 statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere Angaben für die sichere
1298 Verzehrbarekeit von Lebensmitteln zu liefern.

1299 Ökologische Landwirtschaft gestalten

1300 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der
1301 Zukunft zu sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können
1302 dabei der gesamten Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die
1303 Vorreiterin dafür: Unser Ziel ist es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent
1304 ökologischer Landwirtschaft zu erreichen und diesen Anteil bis 2035 und darüber
1305 hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe erzielen in
1306 Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle Betriebe. Das
1307 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und
1308 nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen
1309 dafür stärken.

1310 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens
1311 30 Prozent der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie
1312 Unterstützung bei der Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-
1313 Wertschöpfungskette. Außerdem sollen Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen
1314 müssen, dass sie Vorschriften einhalten. Das EU-Biosiegel wollen wir beim
1315 Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion, nachschärfen.

1316 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass
1317 Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU
1318 soll garantieren, dass alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es
1319 hergestellt wurde. Transparenz und Wahlfreiheit müssen besonders bei
1320 gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln sichergestellt werden.
1321 Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in
1322 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern
1323 wir die Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und
1324 Zuchtbetriebe.

1325 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise.
1326 Die bisher verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber
1327 werden noch nicht konkret umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen,
1328 dass die Ziele der EU auf wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die
1329 Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa
1330 einer Pestizidabgabe.

1331 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von
1332 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in
1333 Pestiziden erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir
1334 reformieren, indem die vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern,
1335 sondern von den Bewertungsbehörden in Auftrag gegeben werden. Die Hersteller

1336 dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat die Behörden
1337 ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen, beschleunigen wir die
1338 Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie aufgrund
1339 von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für
1340 die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die
1341 Pestizide in den Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in
1342 der Biolandwirtschaft haften.

1343 Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern

1344 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und
1345 plötzlichem Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von
1346 fossilen Düngern zurückfahren und die Böden wieder zu Senken von CO₂ machen, ist
1347 die Landwirtschaft ein zentraler Teil des natürlichen Klimaschutzes. Deshalb
1348 setzen wir uns für die Wiedervernässung von Mooren, den Aufbau von Holzmasse und
1349 die Weidewirtschaft ein – mit stabilen Einkommensperspektiven für
1350 Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz
1351 und zur Klimaanpassung leisten.

1352 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist
1353 wichtig, dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen
1354 unterstützen wir Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten
1355 Moorflächen und fördern den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen
1356 Räumen. Sowohl Moore als auch die Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind
1357 ein echter Klimaschützer, da hier deutlich mehr Kohlenstoff gespeichert wird als
1358 im Ackerboden. Außerdem stellt die Weidewirtschaft die tierfreundlichste Haltung
1359 dar. Diese wollen wir stärker fördern.

1360 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand.
1361 Wir werden deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen
1362 und unseren Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb
1363 unterstützen wir den Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der
1364 Fischereiressourcen und zum Schutz der Meeresökosysteme. Wir fördern
1365 Alternativen zur Stellnetz- und Schleppnetzfisherei und gehen gegen besonders
1366 umweltschädliche Fangmethoden vor.

1367 Tiere gut halten

1368 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern
1369 kann, Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer
1370 nachhaltigen Bewirtschaftung unserer vielfältigen Landschaften ist. Die
1371 industrielle Tierhaltung dagegen gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die
1372 Gesundheit der Menschen: zoonotische Erreger, multiresistente Keime,
1373 Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung, Artenverlust,
1374 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir
1375 Tieren schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1376 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre
1377 Gesundheit konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung
1378 und bessere Kontrolle einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht,
1379 Haltung, Transport, Tötung und Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und
1380 Kastenhaltung sowie von fehlenden Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht

1381 für uns die möglichst lokale Verarbeitung: Wir brauchen eine deutliche
1382 Reduzierung von Lebetiertransporten. Dabei möchten wir Langstreckentransporte
1383 auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer kontrollierbare Regionen
1384 unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle, ein Ende
1385 der CO₂- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei der Tötung von
1386 Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von Kühen.

1387 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz
1388 in der landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr
1389 Antibiotika an gesunde Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den
1390 Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch reduzieren, um die Entstehung
1391 multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten gesundheitlichen
1392 Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine Umstellung
1393 auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die
1394 Einschränkung der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker
1395 Einzeltiere. Reserveantibiotika sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.

EP-FK-3 EP-FK- B – Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

Text

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende
2 Wetterextreme haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen
3 gestellt. Familien und Rentner*innen mussten wegen der gestiegenen
4 Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. Für viele
5 Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und
6 bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene
7 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

8 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich
9 ist, wenn wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

10 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und
11 Zusammenhalt. Europa bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den
12 Lebensstandard von Millionen von Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit
13 gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen in Europa müssen sich gerade in
14 Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können, der wirksam vor
15 Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

16 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
17 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU
18 kann zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten
19 Wohlstand überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen
20 muss, die ihn erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die
21 Infrastruktur für klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung,
22 erhalten und schaffen gute Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und
23 soziale Infrastruktur gehen Hand in Hand und bedingen einander.

24 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den
25 Schutz jeder und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es
26 schützt die Rechte der Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert
27 Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger*innen auf wirksame Medikamente
28 und den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass
29 Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass
30 Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale
32 Union, die sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von
33 einem Leben in Würde und Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von
34 gleichen Chancen und einem Auskommen ohne Armut, Ausgrenzung oder
35 Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein Gerechtigkeitsversprechen an die
36 Breite der Gesellschaft.

37 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst
38 wird. Dafür wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen
39 die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und

40 sicherer überall in der Union leben und arbeiten können. So wird soziale
41 Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

42 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne
43 und starke Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren
44 letztlich alle in der EU, egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So
45 ergänzt die soziale Infrastruktur die wirtschaftliche; so erfüllen wir den
46 europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für alle; so schaffen wir
47 Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare Mindeststandards
48 beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

49 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt
50 und vor Ort einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische
51 Souveränität sprechen, dann geht es uns auch um die Ausgestaltung und die
52 Verteidigung des europäischen Sozialmodells, das sich in einer globalisierten
53 Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle Sicherheit, gute Arbeit und
54 hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die Herausforderung der
55 Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische Wandel die
56 Arbeitswelt verändern.

57 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales
58 Europa angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten
59 sozialen Politik. Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben.
60 Wir wollen rechtsverbindliche und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards
61 daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat institutionell in erster Linie in den
62 Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen
63 haltmachen.

64 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,
65 das solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das
66 gerechte Europa ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im
67 Großraum Mailand, in der Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte
68 Europa bietet Zugang zu fair bezahlter Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen,
69 zu guter Bildung und intakter Natur.

70 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es
71 bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale
72 Gerechtigkeit, die Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt
73 zwischen den Generationen, Familien und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist
74 es im Gründungsvertrag der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir.
75 Dieses Europa wollen wir sein.

76 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

77 Faire Löhne erreichen

78 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen
79 Mitsprache gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und
80 Rückhalt. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv
81 mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das stärkt auch
82 die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre
83 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und

84 eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute
85 Arbeit.

86 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie
87 schützt Wert und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen
88 Beschäftigte in Europa künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die
89 Bundesregierung auch auf unsere Initiative mit der deutlichen Erhöhung des
90 gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die Richtlinie verpflichtet die
91 Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren Kriterien festzulegen
92 und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass die
93 Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der
94 gesetzliche Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven
95 Mindestschutz für Beschäftigte bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie
96 die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer
97 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan
98 vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in
99 der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von
100 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die
101 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein
102 wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit
103 Arbeit sich immer lohnt.

104 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend
105 ausbauen, indem wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren
106 fordern wir an der Seite der Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die
107 bestehende Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten überarbeitet und
108 Ausnahmeregelungen beendet. Dabei wollen wir die Rechtssicherheit, den Rechtszugang
109 und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische Betriebsräte verbessern. Um
110 Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-Unternehmen in die Richtlinie
111 einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Vertretung von Frauen
112 sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen Betriebsräten
113 ein. Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine
114 neue Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von
115 Arbeitnehmer*innen ein, die auf die verschiedenen europäischen
116 Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

117 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in
118 einer sich rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele
119 Beschäftigte mit ständiger Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress
120 einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der Arbeitnehmer*innen vor psychischen
121 und körperlichen Belastungen voranbringen.

122 Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken

123 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen
124 entstehen neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne,
125 Arbeiten wird flexibler, beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung
126 darf auch in der digitalen Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen
127 wir uns für starke Rechte von Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein.

128 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale
129 Dienste anbieten und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-
130 Kommission schätzt, dass 4 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der

131 laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen auf digitalen
132 Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu
133 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen,
134 europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht zudem bessere Möglichkeiten,
135 die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem Arbeitsinspektionen
136 stärken.

137 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
138 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch
139 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische
140 Management. Die ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher
141 Planungssicherheit im Alltag und der übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem
142 Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um die Rechte der
143 Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für
144 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

145 Freizügigkeit einfacher machen

146 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein
147 Grundprinzip der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für
148 alle in der EU. Damit das für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen
149 wir uns für eine bessere Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme
150 ein.

151 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU
152 Sozialversicherungsansprüche, die sie in einem anderen EU-Land erworben haben,
153 über die Grenzen mitnehmen können (Portabilität). Doch die Realität löst dieses
154 Versprechen noch nicht immer ein: Die Unterschiede der nationalen
155 Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die Handhabung kompliziert,
156 und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen deshalb mehr
157 Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale
158 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können
159 und die bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen.

160 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner*innen oder Menschen mit
161 chronischen Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt
162 werden. Ein Europäischer Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag
163 dazu. Er soll die Übertragbarkeit von Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern
164 und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren. Wir wollen darüber hinaus die
165 sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales Echtzeitregister ersetzen, um
166 grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen wirksamen
167 Sozialschutz zu gewährleisten.

168 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele
169 Beschäftigte zum Alltag und wird spätestens seitdem von mehr und mehr
170 Arbeitnehmer*innen geschätzt. Wir wollen, dass auch das mobile Arbeiten nicht an
171 den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell auch aus einem anderen
172 Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein,
173 dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im
174 Homeoffice zu arbeiten.

175 Ausbeutung bekämpfen

176 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus
177 ein wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin
178 aus Österreich in Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in
179 Rumänien: Unionsbürger*innen und Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden
180 Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung, wenn sie in einem anderen EU-Land
181 arbeiten.

182 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-
183 Fernfahrer*innen, bei Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor
184 Augen. Wir sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel
185 sind regelmäßig stattfindende Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten
186 das Personal aufstocken sowie Schulungen in europäischer Gesetzgebung und
187 grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern sollten. Auch eine bessere
188 Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen
189 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für
190 gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

191 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von
192 Subunternehmen zu unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung
193 rechtlich verankern. Immer wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen
194 Bedingungen untergebracht, in überfüllten Zimmern, unter schlechten hygienischen
195 Bedingungen und mit überteuerter Miete, die direkt vom Lohn einbehalten wird.
196 Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir deshalb rechtlich
197 absichern und wirksam durchsetzen.

198 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich
199 Betroffene einfach und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren
200 können – und für deren Durchsetzung Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine
201 langfristige und verlässliche Finanzierung für die Schaffung und europaweite
202 Vernetzung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ein. Die
203 Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der
204 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische
205 Zahlungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von
206 Arbeitsnormen in der Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte
207 soziale Konditionalität muss nun effektiv umgesetzt werden.

208 Kinderarmut abbauen

209 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das
210 entspricht fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung
211 und Kultur nur sehr eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet
212 einerseits existenziellen Mangel im Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen
213 auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben in der Zukunft. Wir wollen,
214 dass alle Kinder gut ins Leben starten können. Dazu brauchen sie eine bessere
215 finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung und
216 sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf
217 unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen
218 Kinderarmut auf den Weg gebracht. Armutgefährdeten Kindern wird es besser
219 gehen, Armut nicht mehr versteckt sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben
220 können, weil sie und ihre Kinder abgesichert sind.

221 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der
222 Europäischen Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites
223 Instrument, um Kinder aus benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das
224 reicht vom kostenlosen Zugang zu Bildung über gesunde Ernährung bis hin zu
225 angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland
226 binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

227 Soziale Mindeststandards verankern

228 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.
229 Hohe Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil
230 existenziell verschärft. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf
231 starke Sozialsysteme verlassen können, die sie vor Armut schützen. Dafür
232 brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards.

233 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene
234 Mindestsicherungssysteme zu einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und
235 die darin festgelegten Standards mit einem sozialen Rechtsanspruch für
236 Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In diesem Zuge sollen alle
237 Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen
238 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit
239 fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für
240 Deutschland Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale
241 Gerechtigkeit.

242 Soziale Sicherung krisenfest machen

243 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge
244 gegen wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine
245 zentrale Lehre aus den Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der
246 Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden und in Notlagen schnellen und
247 wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte
248 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber
249 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze
250 EU. Mit dem europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten
251 während der Coronapandemie finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um
252 Arbeitsplätze durch den Einsatz von Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer
253 Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr 2020 in Europa schätzungsweise
254 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser Erfahrung wollen wir
255 mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein dauerhaftes
256 Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und
257 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen
258 Ausnahmesituationen durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und
259 Arbeitsplätze sichert.

260 Wohnen bezahlbar machen

261 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der
262 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben,
263 ist für alle Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts
264 steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten

265 Mieter*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und
266 Unsicherheit. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten
267 begrenzen. Investor*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische
268 Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die
269 Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den Prüfstand stellen,
270 um Mieter*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu
271 schützen.

272 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den
273 extremsten Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt,
274 Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur
275 Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins Leben gerufen. Der Dialog zwischen den
276 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie voneinander lernen können
277 und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner wollen wir die
278 Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen
279 Fördermittel für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen
280 ausgestalten.

281 **2. Starke Regionen**

282 Kommunen stärken

283 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen
284 und Kommunen. Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die
285 Menschen. Starke Kommunen florieren in einem starken Europa, das kommunalen
286 Bedürfnissen und der kommunalen Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung
287 beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah zu
288 treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das schützt und ermöglicht. Dieses
289 Prinzip wollen wir stärken.

290 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken
291 soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das
292 Alltagsleben der Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden
293 Kinder betreut und das Ehrenamt gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres
294 gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer funktionierenden Grundversorgung
295 auch attraktive Standorte für Unternehmen und Arbeitnehmer*innen aus ganz
296 Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass
297 Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es braucht
298 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische
299 Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es
300 fördert die Rechtssicherheit und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ
301 hochwertige Angebote zu entscheiden. So können Kommunen selbst die Wertschöpfung
302 aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem wir in der EU die
303 Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue
304 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen
305 Gestaltungsspielräume verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und
306 sozialen Zusammenhalt.

307 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine
308 existenzielle Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den
309 Erfolg der Bürgerinitiative Right2Water die weltweit höchsten Standards für

310 Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser soll weiterhin in kommunaler Hand
311 bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen Interessen bestimmt werden.
312 Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der
313 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

314 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die
315 Zivilgesellschaft brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer
316 Politik. Deshalb wollen wir den Europäischen Ausschuss der Regionen und den
317 Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende
318 europäische Zusammenarbeit wie die Städtepartnerschaften oder Initiativen zur
319 Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-
320 Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie wollen wir ausweiten. Die
321 Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll
322 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit
323 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen,
324 der Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung
325 maßgeblich und nah am Alltag der Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen
326 Union bei.

327 Zusammenhalt vor Ort fördern

328 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort:
329 in den europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente
330 Förderpolitik in der EU ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen
331 und ökologischen Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und
332 soziale Annäherung der Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der
333 Fonds und Förderprogramme soll sich in seiner Größe an den Herausforderungen
334 orientieren.

335 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese
336 Herausforderungen vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den
337 europäischen Mitgliedstaaten. Eine konsistente und an klaren Kriterien
338 ausgerichtete Förderpolitik wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu
339 Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und ländliche Regionen, sowie
340 Regionen mit industrieller Prägung und Modernisierungsherausforderungen, wollen
341 wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen, um gleichwertige
342 Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

343 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
344 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen
345 Menschen und Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der
346 Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU-Förderpolitik entgegenwirken. So stärken
347 wir die Gestalter*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für
348 die Regionen.

349 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig
350 Effizienz und Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher,
351 indem wir die Fördermittel an Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal
352 ausrichten. Der Europäische Sozialfonds (ESF+) spielt dabei eine bedeutende
353 Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche Gründer*innen und Angestellte
354 beraten, unterstützt und lebenslang weiter gebildet. Wir statten den ESF+ mit
355 ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik
356 und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die

357 Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für
358 eine gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten
359 Arbeits- und Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und
360 Weiterbildungen wahrzunehmen, werden attraktive Arbeitsplätze für die
361 geförderten Regionen zum Standortvorteil.

362 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu
363 entwickeln. Die Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das
364 reduziert die Zahl der Anträge und manche gute Projekte werden nicht
365 verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu
366 Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu erleichtern. Dabei stellen
367 wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die nötige
368 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um
369 bürokratische Hürden abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren
370 Fördersummen mehr Pauschalen einführen und ehrenamtliche Antragsteller*innen
371 nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien. Bürokratieabbau
372 schafft so mehr Effizienz.

373 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der
374 Zivilgesellschaft vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale
375 Expertise und schafft gegenseitiges Verständnis. Dieses Wissen kann durch die
376 Partnerschaft für Bürgerbeteiligung (Partnerschaftsprinzip) einfließen.
377 Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen oder Foren sollen Teil der
378 Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. So sichern wir
379 Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

380 Chancen in ländlichen Räumen nutzen

381 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet
382 erheblich über den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die
383 ländlichen Räume näher zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung
384 und finanziell gestärkte Kommunen schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen
385 Räume ist für uns ein zentrales Ziel. Alle Menschen sollen mitentscheiden und
386 davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche Daseinsvorsorge
387 und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die
388 Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale
389 Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie
390 LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

391 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche
392 Wertschöpfung auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und
393 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-
394 Anlagen, Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über
395 versiegelten Flächen. Den Ausbau der Erneuerbaren und die Modernisierung von
396 Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den gezielten Einsatz von
397 Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Wir
398 setzen uns dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für
399 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu
400 integrieren und es auszubauen.

401 Vergaberecht modernisieren

402 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung
403 des Green Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in
404 eine sichere Zukunft, auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an
405 sozialen und nachhaltigen Kriterien ausgerichteten Vergaberecht werden diese
406 Investitionen einmal mehr zum Motor für eine gerechte und zukunftsfeste EU.
407 Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische Infrastruktur, in effiziente
408 Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen ausgerichtetes
409 Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische
410 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen
411 Arbeitsmarkt: Es entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs
412 sollen auch gute Jobs werden. Ein starkes Vergaberecht sichert die Zukunft
413 vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.

414 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel
415 wollen wir nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche
416 Beschaffungen sollten in der EU konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir
417 die Richtlinie für öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf
418 Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

419 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und
420 unkomplizierte Verfahren unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach
421 und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge bewerben können.
422 Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die
423 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und
424 lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen
425 Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher
426 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

427 3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung

428 Gesundheitskrisen europäisch bewältigen

429 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

430 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen
431 für unsere Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt,
432 dass wir ihnen gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und
433 Verfügbarkeit der Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer
434 Erfolg, der durch langjährige Forschung, innovative Unternehmen und
435 grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande gekommen ist. Die EU hat in der
436 Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und Impfstoffen
437 vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzsicherungen
438 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische
439 Notsituationen abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für
440 die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den
441 Austausch mit und zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken sowie
442 Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

443 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die
444 Krisenvorsorge zu stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler

445 Ebene zusammenarbeiten. Die EU hat hier eine wichtige Rolle, um nationale
446 Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie kann auch global einen wichtigen
447 Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns dafür ein, die
448 Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen
449 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu
450 bezahlbaren Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn
451 Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in
452 unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir
453 setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer bezüglich der
454 Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum zur
455 Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen
456 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht
457 verhindern.

458 Lehren aus der Pandemie ziehen

459 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten
460 Zeichen der Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen
461 unter den Folgen von Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw.
462 dem chronischen Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid
463 finden nicht die notwendige Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder
464 treffen auf Vorurteile. Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene
465 Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder sowie zu
466 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,
467 beispielsweise durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

468 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer
469 sogenannten Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen
470 übertragen wurde. Damit unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die
471 menschliche Gesundheit nicht isoliert betrachtet werden sollte, sondern in engem
472 Zusammenhang mit der Umwelt und der Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-
473 Health-Ansatz ein Leitbild für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für
474 die Natur hilft im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in der
475 Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und
476 weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

477 Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen

478 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,
479 konfliktreich und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos
480 vorbeigegangen sind. Diese Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische
481 Belastung. Gerade auch bei vielen jungen Menschen haben sich psychische Probleme
482 verschärft. Im Gegensatz zur körperlichen wird der seelischen Gesundheit im
483 öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige Aufmerksamkeit zuteil.
484 Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa ändern. Wir setzen uns
485 sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch dafür, die
486 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen
487 besser zu behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa
488 ein und wollen zusammen mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien
489 entwickeln. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme vielfältig sind,
490 müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein,

491 dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen
492 relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres
493 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser
494 Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen
495 uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung ein.

496 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die
497 Betroffenen häufig ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen
498 sind davon betroffen. Die Pandemie hat die Situation für viele Menschen
499 diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit unserer Politik für mehr
500 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Integration ein.

501 Arzneimittelversorgung sicherstellen

502 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:
503 alternde Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und
504 Epidemien. Die Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei
505 Arzneimitteln und ihren Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten
506 abhängig ist – und damit häufig auch eine Produktion unter schlechten
507 Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in Kauf nimmt.

508 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat
509 die EU-Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir
510 begrüßen die Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren
511 und nachhaltiger zu machen sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten,
512 Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und diese früher zu melden.

513 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln
514 und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren.
515 Dabei setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die
516 jederzeit unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine
517 Produktion in Europa zuverlässig verfügbar sein. Zum anderen wollen wir hier
518 Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die es bislang keine oder nur
519 unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die Anreize für
520 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen
521 zugleich aber nicht die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden
522 und den Markteintritt von Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir
523 uns für geschlechterspezifische Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede
524 bei Diagnose und Behandlung zwischen Frauen und Männern besser berücksichtigt
525 werden.

526 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden.
527 Der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt
528 teilweise zu immensen Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die
529 Arzneimittelentwicklung eingesetzt werden, sollte das mit Transparenz über die
530 Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die Preisgestaltung einhergehen.

531 Gesundheitsdaten sicher nutzen

532 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die
533 gesundheitliche Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten
534 können besser diagnostiziert, Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen

535 vermieden und die Behandlung von Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen
536 und Krankenhäusern grenzüberschreitend in ganz Europa vereinfacht werden. Der
537 europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb europaweit den Zugang zu digitalen
538 Patient*innen-Akten ermöglichen.

539 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient*innen
540 stärken. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der
541 Patient*innen, eine Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie
542 sollen Zugang zu den Daten bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die
543 Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend berücksichtigt werden.

544
545 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für
546 die Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von
547 Notsituationen in der Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen
548 wichtigen Paradigmenwechsel in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir
549 gestalten wollen. Der Zugang zu größeren Datenmengen und deren Analyse fördert
550 Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung der Patient*innen verbessern.
551 Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter Wahrung des Datenschutzes
552 erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den
553 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

554
555 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine
556 einheitliche technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine
557 grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die
558 Entwicklung und verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen
559 Datenstandards und interoperablen Schnittstellen durch die Softwaresysteme von
560 Beginn an sicherstellen.

561 Antibiotikaresistenzen eindämmen

562 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet
563 sein. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu
564 garantieren. Durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir
565 die Entstehung und Verbreitung multiresistenter Keime verhindern. Denn diese
566 sind eine der größten gesundheitlichen Herausforderungen der Menschheit.
567 Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen wie Älteren, Kindern oder
568 Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu Hunderttausenden Todesfällen
569 weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt werden, wo
570 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick
571 nehmen. Wir wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin
572 stärken und die Forschung fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor
573 einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung mit Antibiotika geboten ist,
574 in ausreichender Menge verfügbar sein.

575 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin
576 vorbehalten bleiben und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden
577 dürfen, an den entsprechenden Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir
578 den Import von tierischen Produkten beenden, bei denen in der EU verbotene
579 Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für bessere Hygiene und
580 Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in die
581 Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer
582 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

583 Der Pflege den Rücken stärken

584 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind
585 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu
586 fördern. Der Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU
587 und auch hier in Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des
588 Pflegeberufs steigern, die berufliche Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem
589 Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals verbessern.
590 Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für Studienabschlüsse sowie für
591 Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU und aus dem
592 Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige
593 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen
594 Branchen ein. Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie
595 in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres
596 Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens- und
597 Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und
598 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

599 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern,
600 fordern wir eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und
601 Gesundheitsschutz bei der Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte
602 Pflegekräfte in privaten Haushalten einbezogen werden und gute
603 Arbeitsbedingungen haben.

604 Cannabis europaweit legalisieren

605 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und
606 zeitgemäßen Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa
607 für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den
608 Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel
609 effektiv bekämpft. Mit einem ersten großen Schritt bei der Legalisierung von
610 Cannabis in Deutschland macht die Ampelkoalition endlich Schluss mit der
611 gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf Vernunft statt
612 Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die
613 Konsument*innen in ihrer freien bewussten Entscheidung.

614 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken
615 wir die Verbraucher*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken
616 wir Prävention und Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht
617 setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir
618 streben eine europaweite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.
619 Deshalb werden wir uns in Europa dafür einsetzen, dass das europäische und
620 internationale Recht in Bezug auf die Produktion, den Vertrieb und Verkauf von
621 Cannabisprodukten entschärft wird.

622 4. Bildung und Chancen

623 Europas Hochschulen besser vernetzen

624 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie
625 vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für
626 den ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von
627 europäischen Hochschulen oder Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen,
628 dass nach einer Pilotphase 2018 jetzt bereits zwei Ausschreibungsrunden
629 stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere Ausschreibungsrunden sowie eine
630 engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke ein.

631 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European
632 Degree). Ein European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen,
633 das binationale, trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als
634 zusätzliches Qualitätssiegel aufwertet und damit Anreize für die
635 Internationalisierung von Studiengängen schafft.

636 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche
637 in Museen, Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen
638 neue Horizonte. Viele dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an.
639 Aber gerade für Studierende aus anderen Ländern ist es oft schwierig, diese
640 Vergünstigungen mit ihren heimischen Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU
641 hat mit der European Student Card (ESC) und dem digitalen Studierendenausweis in
642 der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen europäischen
643 Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
644 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten
645 und Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen
646 können.

647 Berufsabschlüsse europaweit anerkennen

648 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten,
649 eröffnet viele neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft
650 schwierig: Zwar haben wir mit Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein
651 vergleichbares Abschlusssystem in der EU geschaffen. Aber es ist kein
652 Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in einem anderen
653 Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent*innen
654 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur
655 durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft,
656 teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass
657 Universitätsabschlüsse einfacher und schneller in jedem Land der EU anerkannt
658 werden.

659 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft
660 kompliziert, langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das
661 besonders kontraproduktiv. Für eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den
662 Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem Heimatland beantragen. Mit diesem
663 elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die Qualifikation in einem
664 reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu können. Wir
665 wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.

666 Politische Bildung gegen Desinformation

667 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
668 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre
669 Mittel: Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr
670 grenzüberschreitend und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere
671 europäischen Werte zu unterminieren. Ihre Verschwörungsmythen säen Hass und
672 Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und europäisch koordiniert entgegenwirken.
673 Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische Bildung gründen, einen
674 Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische Dimension von
675 Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge
676 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur
677 Verfügung stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

678 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse
679 zielgruppengerecht erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale
680 Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von Desinformation und Fake News stärken.
681 Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch eine Vernetzung der
682 europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren
683 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir
684 unsere demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

685 Mit Erasmus Europa kennenlernen

686 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der
687 EU. Über Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der
688 akademische und berufliche Austausch ermöglicht.

689 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr
690 Menschen diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld
691 für Urlaub oder Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer
692 Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit
693 keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine Hemmschwelle. Deshalb
694 wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer*innen einführen, das es
695 ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos nach Hause und zurück zu fahren.

696 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-
697 Erfahrung entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen
698 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit
699 Großbritannien Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach dem Brexit
700 wieder vom Austausch profitieren können.

701 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das
702 Programm noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet
703 viele Möglichkeiten, neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen
704 zu sammeln. Mit besseren Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen
705 und Anerkennungen wollen wir Erasmus+ für Auszubildende stärken.

706 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die
707 Jugendarbeit. Mit Blick auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab
708 2028 werden wir uns dafür einsetzen, die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

709 5. Europas Jugend

710 Jugend beteiligen

711 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis
712 füreinander. Um dies zu ermöglichen, spielt europäische und internationale
713 Jugendarbeit eine außerordentliche Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen,
714 über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit Freundschaften zu schließen.
715 Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die Gestaltung von Freizeit
716 und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft
717 muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen
718 wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.
719 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung
720 über Erasmus+ aus.

721 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst
722 zu Wort kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben.
723 Sie sind derzeit im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist
724 es gut, dass jetzt in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der
725 Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in allen
726 Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit wird.

727 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa
728 strukturell weiter stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union
729 einen direkten Kanal für die Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf
730 europäischer Ebene geschaffen, dieser soll weiter gestärkt und bei anderen
731 Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen
732 zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen und junge
733 Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im Europäischen
734 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem
735 die Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden
736 sollen. In der EU-Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische
737 Jugendpolitik gezogen. Wir wollen sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der
738 EU-Jugendstrategie die Interessen junger Menschen in allen Politikbereichen
739 stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-
740 Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

741 Freiwilligendienste ausbauen

742 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der
743 Zivilgesellschaft kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement
744 von jungen Europäer*innen ist elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe
745 oder, Projekte der Demokratieförderung, Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

746 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst
747 schaffen, gerade auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen.
748 Für sie müssen wir bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas
749 ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von
750 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen,
751 die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der
752 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

753 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die
754 Erfahrungen, das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa
755 fruchtbar machen: Viele von ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter
756 noch einsetzen wollen. Mit einem europäischen Programm wollen wir den Rahmen
757 bereitstellen, mit dem Senior*innen überall in der EU an Projekten in
758 Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

759 Europa entdecken

760 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal
761 im Jahr werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen
762 sie dann in einem bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa
763 reisen können. Gemeinsam mit anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen
764 Ländern können sie entdecken, wie vielfältig Europa ist. Daher unterstützen wir
765 das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch ausbauen. Unser Ziel ist
766 es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu schaffen. Wir
767 wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus
768 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen,
769 dass Gruppen aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

770 6. Verbraucherschutz

771 Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen

772 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken
773 Bürger*innen. Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen
774 im europäischen Binnenmarkt gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der
775 Verbraucherschutz sichert Konsum, Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und
776 macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin: Gebührenfreies Roaming, ein
777 nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder sichere und
778 langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

779 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile
780 Endgeräte, den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche
781 europäische Standard stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert
782 Elektroabfall und erleichtert merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir
783 wollen dabei das ganze Spektrum digitaler Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader
784 oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose Ladetechnologien mit einschließen.

785 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
786 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen
787 bessere Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien
788 ein, sodass relevante Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah
789 umfasst werden.

790 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
791 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und
792 Reparaturanleitungen. Ein kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen
793 noch lange keine Neuanschaffung bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb
794 gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit dem Recht auf Reparatur erheblich.

795 So werden langlebige und reparierbare Produkte die Geldbeutel der Bürger*innen
796 entlasten.

797 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur
798 Selbstverständlichkeit. Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug
799 und einfachen Gebrauchsgegenständen geht Sicherheit vor. Schadstoffe,
800 Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb- oder Schwermetalle
801 kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit und
802 Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen
803 ein Register für Nanopartikel.

804 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der
805 Verbraucher*innen gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent
806 aufeinander abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der
807 Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von
808 Verbraucher*innen durch die einfache Integration von Wärmepumpen oder Wallboxen
809 für Elektroautos in den Strommarkt.

810 Fahrgastrechte garantieren

811 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher
812 nutzbar sein. Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten
813 geschützt werden – ganz egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb
814 wollen wir ein europaweites einheitliches Ticketsystem einführen, das Reisen mit
815 dem Zug attraktiver macht und den Planungsaufwand erheblich senkt.

816
817 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die
818 Entschädigung für Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60
819 Minuten und 75 Prozent nach 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische
820 Parlament fordert.

821 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel
822 ankommen. Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im
823 Verbraucherschutz bei Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir
824 stärken den Anspruch der Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen
825 oder Verschiebungen von Flugreisen. Ansprüche der Reisenden sollen bei einer
826 großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung aufgenommen werden. Bei
827 einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der Reisenden auf
828 vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den Anspruch der
829 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

830 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die
831 Regelungen zur Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir
832 setzen uns für eine einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine
833 transparente Preisgestaltung für alle Gepäckvarianten ein.

834 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass
835 alle Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

836 Vor Kostenfallen schützen

837 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine
838 erhebliche Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die

839 Kündigung sein. Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online
840 abgeschlossene Verträge zu kündigen, oder haben keine Sicherheit über den
841 Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die Bindung an ungewollte oder
842 nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle. Bei langfristigen
843 Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht
844 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir
845 sorgen so für ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem
846 Vorbild. Damit wird die europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und
847 sicherer gemacht. Die Beweislast für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei
848 den Unternehmen liegen. Ist diese nicht rechtssicher ausgestaltet, geht das
849 nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge sollen dann jederzeit, ohne
850 Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen uns für
851 die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund*innen
852 so die Kontrolle über ihre Verträge zurück.

EP-FK-4 EP-FK- C – Was Frieden schützt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

Text

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat
2 gezeigt: Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine
3 Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und
4 gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt Europäische Union
5 herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Freund*innen haben wir diese
6 Herausforderung angenommen – und halten stand.

7 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt
8 immer autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung
9 infrage. Chinas Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften
10 vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern
11 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht faire Mitsprache und einen
12 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.

13 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam
14 mit den Folgen der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise
15 machen sie einmal mehr deutlich: Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den
16 Frieden in Europa zu schützen, um Europa in der Welt sicherer zu machen.

17 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es
18 in der Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit und
19 Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Es hat bewiesen: Man kann Frieden lernen,
20 stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen
21 Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt und mit einer
22 Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten,
23 unsere Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren,
24 Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu
25 verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische und
26 wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot zum
27 Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

28 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
29 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von
30 „Wandel durch Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische
31 Regime wie Russland im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen
32 Bürger*innen handeln, um ihre imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir
33 treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes Europa ein, das nicht
34 abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa, das sich
35 aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
36 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all
37 jene Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und
38 außerhalb des europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor
39 allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt
40 stellt – der oft behauptete Widerspruch ist keiner.

41 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem
42 wertegeleiteten und fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das
43 wichtigste Forum dafür sind die Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen,
44 die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem
45 Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des
46 Stärkeren.

47 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
48 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den
49 Frieden zu wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen.
50 Die EU muss aktiv um Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben.
51 Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit
52 fördern.

53 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das
54 macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften
55 sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am
56 politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und
57 Sicherheit sind nachhaltiger, wenn Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns
58 aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in der Außenpolitik umfassend vertreten
59 sind.

60 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit,
61 die Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen
62 Industriestaaten haben durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache
63 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral
64 werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand
65 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins
66 Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen
67 für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden,
68 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei
69 muss die EU auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen
70 entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen für eine klimagerechte
71 Entwicklung leisten.

72 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu
73 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn
74 wir unsere Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben
75 militärische Maßnahmen für uns Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz
76 europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt
77 rückt – und auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten
78 setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der Notwendigkeit vor,
79 Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken Sicherheit von jedem
80 einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik
81 stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten
82 Sicherheitspolitik ist Teil des europäischen Versprechens.

83 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und
84 Hoffnung gibt. Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu
85 behaupten und Teil der europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin
86 mit brutaler Waffengewalt beantwortet worden sein. Aber es lebt fort und
87 beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über die eigenen Grenzen
88 hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des ukrainischen

89 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der
90 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und
91 die europäischen Werte erbringt.

92 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt
93 die eigenen Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst
94 die Hand. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

95 **1. Eine europäische Außenpolitik**

96 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

97 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin
98 agieren kann. Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die
99 Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von
100 Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die dabei die Interessen der großen und der
101 kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu erreichen, wollen wir die
102 bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen und setzen
103 uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

104 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen
105 die bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die
106 Außen- und Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem
107 europäischen Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst
108 wollen wir stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen,
109 braucht es einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir
110 die Europäische Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich
111 EU-Außenpolitik unter Diplomaten*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen.
112 Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie Visafragen, Rechtshilfe oder
113 Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften bündeln.

114 **Das Klima global schützen**

115 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie
116 bedroht die Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen
117 Menschen in die Flucht. Sie verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen
118 wie Nahrungsmittel und Wasser.

119 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke
120 europäische Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen
121 steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung
122 des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer
123 Wirtschaftssysteme und Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die
124 unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten
125 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der
126 Vereinbarung im Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich
127 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz
128 und Anpassung zielgerichtet und im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN
129 in Ländern des Globalen Südens eingesetzt werden. Ein Vorbild dafür sind
130 sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die Bundesregierung
131 gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern

132 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte
133 Energiewende. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur
134 Ausgestaltung eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der
135 Klimakrise geschädigten Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.

136 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg
137 aus fossilen Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein
138 verbindliches globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine
139 ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur
140 ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für
141 Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich
142 an der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

143 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen
144 Kommission, Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen,
145 um internationale Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte
146 Klimaclub kann dabei eine zentrale Rolle einnehmen, um internationale Strukturen
147 im Rahmen des Pariser Abkommens zu unterstützen und ambitionierte Ziele für
148 Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum voranzutreiben. Mit der geplanten
149 Strategie für Klimaaußenpolitik kann die Bundesregierung Deutschland zum
150 Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

151 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine
152 enorme Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des
153 Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir
154 steigern das europäische Engagement mit den am stärksten von
155 Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von
156 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die
157 biologische Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

158 Global Gateway zum Erfolg bringen

159 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen
160 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der
161 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das
162 chinesische Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-
163 Strategie wollen wir zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das
164 Partnerländern eine Alternative zur chinesischen Politik anbietet, die durch
165 starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.

166 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
167 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz
168 der Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von
169 grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.

170 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit
171 substanziellen Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten
172 Kapital die nötigen Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und
173 Verbindlichkeit des Programms weltweit und innerhalb der EU zu verbessern,
174 wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen Sondergesandten dafür einrichten. Die
175 EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle
176 Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den
177 Partnerländern nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten.

178 Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie
179 die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Zudem muss die EU-
180 Kommission die Kohärenz und eine größere Transparenz bei der Auswahl der
181 strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung
182 sicherstellen.

183 Internationale Organisationen stärken

184 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im
185 Fall des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale
186 Staatengemeinschaft in der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl
187 handlungsfähig ist, als eine überragende Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg
188 mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr
189 als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-
190 System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes
191 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu
192 gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz
193 der Weltregionen gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das
194 Vetorecht abzuschaffen.

195 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits
196 begonnen hat, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und
197 Demokratisierung einsetzen, um angemessen auf die heutigen globalen und
198 entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren zu können. UN-
199 Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die
200 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen.
201 Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

202 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der
203 Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der
204 International Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

205 Menschenrechte weltweit verteidigen

206 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
207 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste
208 niedergeschlagen. Wir setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und
209 stärken unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und
210 Menschenrechts-Verteidiger*innen. Wir wollen die Fördermöglichkeiten ausbauen
211 und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise
212 Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell
213 stabilisieren und zugänglicher machen.

214 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit
215 und Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der
216 Globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung
217 von gezielten Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für
218 schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen
219 beteiligt sind.

220 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,
221 unserer Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum

222 Schutz von Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen.
223 Dabei ist eine geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und
224 marginalisierte Gruppen, etwa Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren
225 Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten Menschenrechts-Verteidiger*innen
226 wollen wir in der EU mit einer schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz
227 bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Auslandsvertretungen der EU für
228 Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu gehört etwa,
229 Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
230 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
231 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen
232 Resettlement-Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von
233 Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und
234 unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung
235 fortführen zu können.

236 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

237 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und
238 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen
239 Menschenrechte. Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von
240 Gewalt, Armut und Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen.
241 Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht,
242 Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-Resolution 1325 ist der
243 Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei
244 Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen
245 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und
246 Entwicklungspolitik ein, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen,
247 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.
248 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung
249 zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU
250 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung
251 sind Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

252 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen
253 der EU deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und
254 Mädchen bei allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die
255 Kapazitäten für Gender und Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

256 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im
257 Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem
258 Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente
259 Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung
260 der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und für den Schutz der
261 Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

262 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen
263 feministischer Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig
264 ausrichtet. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85
265 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit
266 beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte zur Förderung von Frauen
267 bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen und

268 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-
269 Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

270 2. Eine europäische Sicherheitspolitik

271 Europa gemeinsam verteidigen

272 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich
273 vor Augen geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch
274 militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und
275 der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und
276 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

277 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik
278 zusammenarbeiten, desto besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die
279 europäische Verteidigungsfähigkeit sicherstellen, gerade auch als Teil des
280 transatlantischen Bündnisses (NATO). Der strategische Kompass der EU und die
281 Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind dafür maßgebend.

282 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit
283 einer starken parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte
284 Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-
285 Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und
286 Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig. Wir wollen die gemeinsame EU-
287 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum
288 Beispiel bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

289 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
290 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und
291 personell. Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept
292 eingebettet sein, einer kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am
293 Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze
294 sollten stärker vom Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert
295 werden. Wir verstetigen die Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen
296 Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für Risikoanalyse und
297 Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst werden, dass die
298 Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert werden.

299 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-
300 Mitgliedstaaten zu Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern
301 in großem Maßstab. Unser Ziel ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und
302 Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es finanzieller Anreize und
303 Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen
304 Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit
305 zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das bisher nicht
306 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden
307 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen
308 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich
309 fragil und die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

310 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres
311 Finanzinstrument schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den

312 gesamten militärischen Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung
313 bis hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter
314 strenger und abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der
315 nationalen Parlamente stehen.

316 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission
317 Standardisierung, Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame
318 Einsatzfähigkeit von Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten
319 muss die Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO
320 gesichert bleiben.

321 Rüstungsexporte europäisch regulieren

322 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen
323 Waffensystemen schafft mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie
324 auch den Druck, die Waffensysteme an Drittstaaten zu exportieren, und ist somit
325 auch ein Beitrag für eine gemeinsame wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese
326 EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es einheitliche und restriktive europäische
327 Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts
328 der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die Transparenz und
329 Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen
330 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen
331 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten
332 geben. Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische
333 Endverbleibskontrollen müssen dabei vorgeschrieben werden. Europäische Waffen
334 dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte
335 systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir
336 setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive
337 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten
338 ein.

339 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade
340 in unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und
341 Abrüstungsinitiativen fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags
342 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum
343 schrittweisen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu
344 Vision Global Zero ermutigen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine
345 atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von
346 autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von
347 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben
348 und Tod trifft.

349 Konflikten vorbeugen

350 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
351 Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel
352 für friedensfördernde zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU
353 lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung
354 stärker unterstützen und Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang
355 flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der
356 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
357 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

358 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch
359 mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei
360 oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen
361 und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikte
362 vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf
363 Migrationsmanagement lehnen wir ab.

364 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
365 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende
366 staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die
367 menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

368 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären
369 Hilfe wollen wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle
370 Ausstattung sowie effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der
371 europäischen Organisation für humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen
372 europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren. Schließlich wollen wir die
373 europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf
374 geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten
375 Gruppen zu achten.

376 3. Globale Gerechtigkeit

377 Verlässliche Partnerin sein

378 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die
379 Menschen, die wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort
380 unterstützen wollen. Damit stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit
381 Entwicklungs- und Schwellenländern als Autokratien. Chinas
382 Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu
383 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die
384 Ukraine gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen,
385 dass die EU aktiv den Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden
386 aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten Vorgehens mit den
387 Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Dafür
388 stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem Erbe unserer
389 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

390 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
391 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür
392 wollen wir die bestehenden Instrumente der europäischen
393 Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren Partnern weiterentwickeln.
394 Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in Hochschulen, NGOs
395 oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die
396 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein,
397 dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus
398 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund
399 direkt durch die EU gefördert werden.

400 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für
401 die Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-
402 Mitgliedstaaten das gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des

403 Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es
404 kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an, sondern auch
405 darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die
406 Entwicklungsgelder müssen vor allem den bedürftigsten Ländern zukommen und zur
407 Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser Klimaabkommens
408 beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale
409 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer
410 Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument gegen Armut.

411 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im
412 entwicklungspolitischen Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den
413 Team-Europe-Ansatz, der in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere
414 sektorübergreifende Koordinierung, Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität
415 anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen, setzen wir uns für
416 sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für
417 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament
418 wollen wir in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

419 Ernährung global sichern

420 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten
421 existenzielle Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU
422 muss sich für ein nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem
423 einsetzen und damit zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung beitragen.

424 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen
425 Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen
426 politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der
427 europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich
428 tragfähige und ökologisch nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen
429 Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische Agrarsubventionen, patentiertes
430 Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen und Märkte
431 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure
432 Abhängigkeiten schaffen. Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr
433 unter Druck. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit
434 traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und zugänglich
435 bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für strikere Mechanismen zur
436 Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in
437 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und
438 Pestiziden, die in der EU verboten sind, wollen wir beenden.

439 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern
440 muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von
441 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien,
442 Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

443 Globale Verantwortung annehmen

444 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa
445 und ehemaligen Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen
446 Vermögensverteilung, in wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder
447 fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich ihrer

448 historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der
449 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür
450 braucht es eine antirassistische Perspektive.
451 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen
452 bei den Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und
453 Umweltschutzabkommen wollen wir die Menschen- und Landrechte indigener und
454 lokaler Gemeinschaften besser achten. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit
455 wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und Zivilgesellschaft im Sinne
456 einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich evaluieren und
457 weiterentwickeln.
458 Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise,
459 die ihre Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse
460 massiv einschränkt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide
461 Schuldenrestrukturierungen und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder
462 einsetzen. Dazu muss auch ein bei den UN angesiedeltes, transparentes und
463 unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten unter Einbezug von
464 privaten Gläubiger*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass europäische
465 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was
466 die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter
467 einschränkt.

468 4. Fairer Handel

469 Mit Handel Wohlstand schaffen

470 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann
471 Wohlstand mehren. Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute
472 als eine wesentliche Säule trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand
473 aufgrund der starken Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut
474 funktionierenden globalen Handel ab. Es ist daher eine politische Aufgabe der
475 EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch
476 Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit Standards für
477 soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte beeinflusst.
478 Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem
479 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

480 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt,
481 dass wir Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren
482 müssen. Eine vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige
483 Partnerschaften knüpft, liefert dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir
484 europäische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Investitionstätigkeiten und
485 Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

486 Handelsinstrumente neu ausrichten

487 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist
488 der bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und
489 eventuelle Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend
490 reformieren, damit sie dieser Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen
491 auch gute Arbeitsstandards, Klima- und Umweltschutz, Zugang zu

492 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine faire Entwicklung in das
493 Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

494 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
495 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir
496 setzen daher verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern
497 wie Australien, Indien, den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen
498 Staatengemeinschaft ASEAN, die sich ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel
499 bekennen.

500 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle
501 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden.
502 Im Falle eklatanter Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das
503 Pariser Klimaabkommen, sollte die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch
504 machen oder das Abkommen aussetzen. Das kürzlich abgeschlossene
505 Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein Vorbild für
506 einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

507 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des
508 geistigen Eigentums (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von
509 klimafreundlichen Technologien und wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem
510 Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die Entwicklung der dortigen
511 Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.

512 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa
513 indem sie die Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen
514 der EU und in ihren Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern
515 und Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität
516 stets mitgedacht werden. Dies erfordert eine Überarbeitung der europäischen
517 Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen, Datenlokalisierung,
518 Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler Binnenmarkt.

519 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor
520 Beginn der Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat
521 gemeinsam mit dem Rat der EU bestimmen.

522 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
523 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den
524 fairen Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger
525 industrialisierten Staaten einen offenen Dialog anbieten und ihnen in
526 Handelsabkommen eine faire Chance zu einer Industriepolitik mit dem Ziel eigener
527 Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir durch eine stetige
528 Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles erreicht.
529 Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-
530 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von
531 Handelspartnern wehren kann.

532 Im Einklang mit dem Klima handeln

533 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken
534 Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern
535 gemeinsam Standards zu entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie
536 klimaneutralen Stahl entstehen können.

537 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt,
538 um eine faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-
539 Emissionshandelssystem zu ergänzen und abzusichern. Dadurch werden Importe von
540 bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement aus Ländern ohne Emissionshandel
541 teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren hergestellt werden. Der CBAM
542 unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie, indem er
543 beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz
544 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb
545 sicherstellt.

546 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere
547 klimaschädliche Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige
548 Investitionen setzen. Dies erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für
549 bilaterale EU-Investitionsverträge. Der Ausstieg aus dem klimaschädlichsten
550 Investitionsschutzvertrag der Welt – dem Energiechartavertrag – von Deutschland
551 und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir kämpfen jetzt folgerichtig für
552 einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

553 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem
554 Ziel, die gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

555 Auf faire Partnerschaften setzen

556 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten
557 Handelspolitik Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die
558 Gesetze zur Regulierung der europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel,
559 um diese Ziele zu erreichen. Damit übernimmt die EU Verantwortung dafür,
560 weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping zurückzudrängen.

561 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
562 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes
563 Handelsabkommen angesehen werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von
564 indigenen Völkern und Gemeinschaften vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte
565 schützen.

566 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt.
567 Produkte aus dieser heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt
568 nichts verloren. Das EU-Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit, welches
569 gerade verhandelt wird, muss daher konsequent umgesetzt werden.

570 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir
571 fair gestalten. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten
572 Afrikas, der Karibik und des Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und
573 entwicklungsorientierten Handels überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen
574 Vorteile der Least Developed Countries, die es diesen Ländern erlauben, Waren
575 zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu garantieren und den
576 Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.

577 5. Mehr EU in Europa

578 Erweiterungsperspektiven

579 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen
580 Interesse. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren
581 Wohlstand. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu
582 unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen
583 Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen.
584 Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen
585 reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

586 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien
587 der EU, ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*
588 *communautaire*, vollumfänglich übernehmen.

589 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den
590 langwierigen und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die
591 Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden:
592 Allein das Reformtempo in den Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo.
593 Deswegen wollen wir den Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten
594 gestalten und diese mit positiven Anreizen anerkennen, zum Beispiel dem Zugang
595 zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein Stillstand der
596 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im
597 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im
598 Beitrittsprozess muss auf dem Kampf gegen Korruption und Organisierte
599 Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-Antikorruptionsbehörde
600 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die
601 von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

602 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den
603 Beitrittsstaaten, ihre Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der
604 EU. Auf dem Weg in die EU ist uns eine enge Zusammenarbeit mit allen
605 demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits der Regierungen
606 wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an ausgewählten
607 Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

608 Westbalkanstaaten

609 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina,
610 Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

611 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den
612 sensiblen Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans.
613 Dieses Beitrittsversprechen darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der
614 Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für
615 Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige
616 Fortschritte auf dem Weg in die EU.

617 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption,
618 Organisierter Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils
619 unzureichender Aufarbeitung der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung
620 wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess intensiv unterstützen. Die

621 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch
622 die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive
623 Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan
624 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und
625 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

626 Ukraine

627 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der
628 EU. Millionen Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen
629 russischen Angriffskrieg mutig entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen
630 Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und ihre Kultur auszulöschen, das
631 Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

632 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen,
633 finanziellen und auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt.
634 Wir werden die Ukraine weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre
635 Souveränität und volle territoriale Integrität wiedererlangen und verteidigen
636 kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, ihrer Menschen und ihres Rechts
637 auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und unterstützen den
638 Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen
639 Sicherheitsgarantien.

640 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide
641 Seiten profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen
642 dabei auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung
643 und eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen
644 Ebene.

645 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau
646 der Ukraine finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen.
647 Dazu bedarf es auch großer finanzieller Anstrengungen und erheblich
648 beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen
649 die russischen Angriffe zu stärken.

650 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die
651 russische Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen
652 einschließlich des Verbrechens des Aggressionskriegs aufklären und bestrafen.
653 Ein internationaler Mechanismus soll über die Wiedergutmachung der Sach- und
654 Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und so eine
655 Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus
656 der Ukraine schaffen.

657 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten,
658 dass die EU die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter
659 stabilisiert und diese als Zeichen der Solidarität und als Beitrag zur
660 europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den Ausbau alternativer
661 Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres
662 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich
663 und trägt zur globalen Ernährungssicherung bei.

664 Georgien und Moldau

665 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem
666 Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands.
667 Diese sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine
668 intensiviert worden. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen
669 Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und Georgien auf ihrem Weg in
670 die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür nötigen
671 Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020
672 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent
673 unterstützen.

674 Europäische Nachbarschaft

675 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die
676 konstruktiv mit ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

677 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung
678 von Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir
679 intensivieren.

680 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur
681 engeren Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine
682 EU-Mitgliedschaft anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist
683 diese Zusammenarbeit im ausgeprägten europäischen Interesse.

684 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran
685 arbeiten, ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge
686 wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem
687 Königreich ist im beiderseitigen Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte
688 Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm Horizont Europa einsteigt.
689 Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung praktische Hürden beim
690 Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den Studierenden-
691 Visa, möglichst rasch abbaut.

692 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen
693 Angriffskrieg gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und
694 Krisenprävention bewahren. Sie kann in der Gestaltung der Nachkriegsordnung in
695 Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

696 Türkei

697 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine
698 langjährige Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen
699 gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt.
700 Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in der die Rechte aller ihrer
701 Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der europäischen Familie
702 hat.

703 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung
704 hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und
705 Menschenrechten entfernt. Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik
706 richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen europäische Interessen. Die

707 anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die
708 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine
709 schwierige Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen
710 Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen
711 die Ukraine und darüber hinaus engagiert.

712 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin
713 für die NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine
714 aktive GRÜNE Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche
715 über einen EU-Beitritt erst dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg
716 zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschlägt.

717 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und
718 möglich ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des
719 Klimawandels. Der autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die
720 sich offen gegen die EU, gegen die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in
721 der EU, gegen Kurd*innen und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-
722 Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir entschieden entgegen. Die
723 türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft
724 entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
725 Folge leisten.

726 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für
727 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die
728 türkische Zivilgesellschaft, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt,
729 besonders unterstützt.

730 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

731 Die östliche Nachbarschaft der EU

732 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren
733 Kontinent. Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu
734 einem feindseligen Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU
735 braucht es zielgerichtete Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und
736 Zentralasien, die besonders die veränderten Sicherheitsinteressen unserer
737 Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen wir die demokratischen
738 Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische Einmischung
739 bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

740 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den
741 Protesten rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020
742 unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir
743 werden uns weiterhin solidarisch und mit Nachdruck für die Unterstützung der
744 belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die Freilassung aller
745 politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen Regimes und für
746 freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

747 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die
748 Unterstützung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer
749 Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen

750 sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass
751 die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

752 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren
753 und bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv
754 unterstützen. Armeniens Weg für mehr politische Teilhabe und persönliche
755 Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um Bergkarabach massiv
756 erschwert. Wir begrüßen daher die EU-Beobachtungsmission in Bergkarabach als
757 wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidschan und
758 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und
759 dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

760 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.
761 Sicherheit in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit
762 Russland. Gewalt, Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität.
763 Die Zivilgesellschaft wurde mundtot gemacht, die Opposition befindet sich
764 entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin
765 für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir sehen uns als
766 Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches
767 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
768 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
769 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
770 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

771 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den
772 russischen Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen
773 schuldig gemacht und muss dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft
774 gezogen werden.

775 Transatlantische Beziehungen

776 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so
777 tiefe gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA.
778 Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs
779 maßgeblich zur politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur
780 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

781 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für
782 unsere europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf
783 die Ukraine haben die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die
784 Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die politische Einheit der
785 europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die derzeitige US-Administration ist
786 ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte
787 Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen
788 Demokratie.

789 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,
790 Russland und anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir
791 globale Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern
792 und ausbauen. Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den
793 klimaneutralen Umbau unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir
794 Zukunftstechnologien entwickeln und sie zugleich zum Wohle der Menschen und
795 ihrer Freiheit aktiv gestalten.

796 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und
797 handlungsbereite Partner auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es
798 mehr europäische Anstrengungen, um eigene sicherheits-, verteidigungs- und
799 wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Antiliberalen Tendenzen auf
800 beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem die
801 transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden
802 entgegenzutreten.

803 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA
804 gleichzeitig intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt
805 zum einen, die transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu
806 stellen – durch den Ausbau von Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten,
807 Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und Diversifizierung heißt zum
808 anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der
809 eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

810 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein
811 geeignetes Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu
812 entwickeln. Einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen
813 wir offen gegenüber, wenn die soziale und ökologische Standardsetzung dabei dem
814 Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

815 China

816 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer
817 Rivale. Durch Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne
818 tritt die Partnerschaft jedoch zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt
819 über die politische Entwicklung in China. Sie trägt zu einer weiteren
820 Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im Innern handelt
821 die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie
822 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen
823 globalen Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit
824 Russland. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der
825 Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für einen strukturierten
826 Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung des
827 Verhältnisses zu China ein.

828 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum
829 Beispiel bei Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die
830 europäische Wirtschaft dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu
831 bleiben. Ohne eine ambitionierte, eigenständige Industrie- und
832 Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es zentral, dass die EU
833 einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die einer
834 kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine
835 Absage.

836 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter
837 Exportmarkt. Das Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte
838 nach China ab. Noch gibt es in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa,
839 zudem ist der europäische Markt für chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann
840 hier den bestehenden Handlungsspielraum besser und selbstbewusster nutzen, vor
841 allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer Konzerne bei Arbeits-,
842 Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz Kritischer

843 Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in
844 der gesamten EU gewährleistet werden.

845 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments
846 der EU sowie einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich
847 sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser
848 gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende
849 Wirkung erzielen.

850 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in
851 der Provinz Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und
852 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen
853 beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer
854 Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum
855 europäischen Markt bekommen.

856 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an,
857 dass das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des
858 militärischen Drucks der Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir
859 betrachten Taiwan als demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den
860 wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch zu intensivieren.

861 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der
862 Entwicklungsländer, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie
863 bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist,
864 mit China zusammenarbeiten. Dies gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz,
865 den Schutz der Biodiversität oder den Schutz der Weltmeere. In diesen und
866 weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen Erklärung der
867 Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für
868 Kooperation.

869 Naher Osten und Nordafrika

870 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger
871 Nachbar für die EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb
872 weitestgehend unerfüllt, und in den vergangenen Jahren haben sich wieder
873 autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir wollen aber trotz der
874 schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die wirtschaftliche
875 Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem
876 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der
877 europäischen Nahostpolitik stehen.

878 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der
879 Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine
880 besondere Chance, um Strukturen jenseits der oft staatsdominierten
881 Großunternehmen in der Region zu stärken.

882 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche
883 Partnerin sein für all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche
884 Perspektiven schaffen und Freiheit und Selbstbestimmung voranbringen wollen.
885 Durch die Geschichte von Kolonialismus und jahrzehntelanger Unterstützung
886 autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere Verantwortung.

887 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären
888 Regimen in der Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf
889 Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu den südlichen Mittelmeeranrainern stützt
890 autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst Fluchtgründe schaffen.

891 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen
892 Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für
893 Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung
894 eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

895 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische
896 Prinzipien und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir
897 treten dafür ein, dass die EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des
898 Regimes aufrechterhält und erweitert. Die iranische Revolutionsgarde muss
899 rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem muss die EU die
900 demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und politisch
901 verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als
902 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich
903 geschlossen werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-
904 Verbreitungsabkommen halten.

905 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
906 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um
907 Deeskalation in der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu
908 Straflosigkeit führen, zum Beispiel angesichts der Menschheitsverbrechen des
909 Assad-Regimes in Syrien.

910 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug
911 westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber
912 Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen
913 Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die Taliban nicht als Regierung
914 Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der
915 dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit
916 Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund
917 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder
918 ihres Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den
919 konsequenten Schutz und die Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-
920 Verteidiger*innen.

921 Afrika

922 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng
923 verbunden. Wir wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem
924 afrikanischen Kontinent in ihren Bemühungen unterstützen, nachhaltige
925 wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir sehen eine
926 wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik,
927 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten.
928 Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

929 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften,
930 die dazu beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral
931 voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die
932 erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den

933 produzierenden Ländern vor Ort und ihrer Nachbarschaft zur Verfügung stehen
934 müssen.

935 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative
936 ein Schritt in Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente
937 und trägt als attraktives europäisches Angebot für die großen
938 Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit von China und Russland
939 bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen
940 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
941 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

942 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
943 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen
944 Strukturen geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der
945 Zivilgesellschaft und demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau
946 beitragen. Eine besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen
947 zu.

948 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht
949 gekennzeichnet. Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders
950 stark unter den Folgen der Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische
951 Emissionen verursacht wurde. Im Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen
952 wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen
953 werden.

954 Indopazifik

955 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum
956 verschoben. Hier findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und
957 Entwicklung statt.

958 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan,
959 Südkorea, Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-
960 Staaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr
961 Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftliche Modernisierung legen und
962 gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte stärken. Auch die
963 tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner im indopazifischen Raum sowie
964 einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter ausbauen. Ein Beispiel
965 hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022 mit Japan als
966 erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

967 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer
968 Existenz bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen
969 beigetragen haben. Wir wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und
970 des steigenden Meeresspiegels konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen
971 den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten
972 Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region, zum
973 Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

974 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien
975 an. Wir begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr
976 2023 ebenso wie die 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen
977 Indiens neue Bedeutung für die Bereitstellung globaler digitaler Güter an und

978 wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei digitalen Zahlungssystemen ausloten.
979 Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren Sozial-, Minderheits- und
980 Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten wir in dieser
981 Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die
982 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung
983 territorialer Konflikte in Grenzregionen ein.

984 Lateinamerika

985 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele
986 auch unsere Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa
987 natürliche Partner bei der Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das
988 wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der
989 Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen eine intensive
990 Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

991 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter
992 Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in
993 Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie
994 gegen autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür
995 ist eine starke Zivilgesellschaft essenziell. Wir wollen Aktivist*innen für
996 Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*, Frauen und
997 Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive
998 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

999 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in
1000 Lateinamerika. Die Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen
1001 wollen wir eine Intensivierung von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine
1002 Ausweitung der Kooperation für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven
1003 Naturschutz. Der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung muss dabei bei
1004 allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

1005 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um
1006 seine Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-
1007 Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften
1008 können nur dann erfolgreich sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein
1009 substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Wir werden das
1010 Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn von Seiten der Partnerländer
1011 umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche, einklagbare
1012 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart
1013 werden. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit
1014 einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes
1015 geben. Dadurch stellen wir sicher, dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika
1016 intensiviert und gleichzeitig Menschenrechte garantiert und das Weltklima
1017 geschützt werden.

EP-FK-5 EP-FK- D – Was Freiheit schützt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

Text

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der
2 Demokratie. Die Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und
3 Unterdrückung errichtet. Heute garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen
4 reisen können, wo uns früher Stacheldraht, Mauern und Schlagbäume trennten. Sie
5 sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor wenigen Jahrzehnten
6 Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass alle
7 Europäer*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis
8 nach Brüssel.

9 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt
10 zusammen und bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als
11 Chance zu begreifen; Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das
12 verbindende Element zu suchen, statt das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts
13 anderes ist Gründungsgedanke der EU.

14 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie
15 wollen wir stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor
16 nationalen Grenzen nicht Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren
17 haben wir erlebt, wie autoritäre Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen.
18 Die EU ist in der Verantwortung, durch Koordination und starke eigene
19 Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger*innen zu Recht erwarten –
20 zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das
21 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

22 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das
23 ist gut, denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der
24 drängenden Probleme unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem
25 demokratischen Prozess bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische
26 Parlament, dessen Rechte wir erweitern wollen. So schaffen wir die Grundlage für
27 eine föderale europäische Republik mit einer eigenen Verfassung. Auch wenn
28 Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig sind, so stellen
29 sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehrkugel, die nicht mit sich
30 reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am Ende
31 oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber
32 alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.

33 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische
34 Einigung seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte
35 seinesgleichen suchen. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von
36 Extremist*innen aller Art: Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte
37 haben sollten wie Männer, wer freie Medien mundtot machen will, wer seine
38 Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für den ist die EU
39 ein Dorn im Auge.

40 Wir finden: gut so.

41 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu
42 schützen, die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten,
43 wenn wir sie ausbauen. Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die
44 besten Ideen in einen fairen Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten
45 können. Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen
46 Sicherheit und gleiche Rechte bietet. Wir wollen eine EU, die für ihre
47 Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das Europäische Parlament
48 noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU auch im
49 Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die
50 nötige Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt,
51 sollte nicht gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren
52 können.

53 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser
54 Grundwerte – und eine Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt
55 nicht zuletzt für die Rechte von Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in
56 vielen Lebensbereichen benachteiligt ist, solange ist unsere Demokratie nicht
57 vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren
58 Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären.
59 Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir
60 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt
61 dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite
62 all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als
63 Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie
64 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

65 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen
66 dabei glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen,
67 die nach Europa kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die
68 Lage an den europäischen Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität
69 und Ordnung im Umgang mit Geflüchteten und Migrant*innen. Wir wollen Schutz
70 bieten und zugleich Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die als
71 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum
72 Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten
73 können.

74 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein,
75 Gemeinschaft soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen
76 hinweg. Wir setzen uns ein für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres
77 Zusammenwachsen unseres Kontinents versteht. Für einen Kontinent, in dem die
78 Menschen in Freiheit und unter demokratischen Werten sicher leben. Für eine EU,
79 die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen wir sein.

80 1. Demokratische Institutionen

81 Rechtsstaatlichkeit verteidigen

82 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
83 Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das
84 Fundament der EU. Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten diese Wertebasis
85 systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der Justiz – die erste

86 Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und
87 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und
88 LGBTIQ*-Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür
89 und Tor öffnen, schwächen sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die
90 bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und schneller genutzt und
91 weiterentwickelt werden.

92 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für
93 Europas Bürger*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-
94 Recht durch die EU-Organen beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang beschränkt.
95 Das wollen wir ändern: Sie soll auch für das Handeln der Mitgliedstaaten gelten
96 und einklagbar werden. Wenn eine Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen
97 verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene belangt werden können. Auch
98 die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs,
99 der über die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention wacht, wollen
100 wir innerhalb der EU stärken.

101 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage
102 der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir
103 mehr Gewicht verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die
104 Zivilgesellschaft gezielter bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu
105 erhöhen, setzen wir auf verbindliche Reformvereinbarungen zwischen der EU und
106 den Mitgliedstaaten, die perspektivisch sanktionsbewehrt werden müssen.
107 Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen zur Regel werden
108 und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7, das
109 in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen
110 kann, soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die
111 Mitgliedstaaten im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr
112 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

113 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,
114 demokratischer Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch
115 europäischer Steuergelder etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und
116 Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter Parteien wirksam zu stoppen, darf die
117 Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine wirksame Gewaltenteilung und
118 die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend. Deshalb erweitern
119 wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das
120 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise
121 eingefroren werden.

122 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat,
123 Kommission und Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig
124 verstärkende Anwendung aller Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen
125 Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen Bewertungsgrundlage zusammen. Um
126 einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle Mitgliedstaaten
127 akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-Kommission, die die EU-
128 Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten,
129 müssen sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu
130 kooperieren. Bei Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den
131 Kommunen die Leidtragenden sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer
132 finanziellen Verantwortung stehlen und lieber mit dem Finger nach Brüssel
133 zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden können.

134 Mehr Demokratie wagen

135 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
136 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter
137 stärken. Das Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern
138 gleichgestellt sein und wie jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze
139 beschließen, etwa in der Steuer- oder Sicherheitspolitik. Es soll ein
140 vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig Gesetze auf den Weg
141 bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse
142 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf
143 Vorschlag der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und
144 im Notfall wieder entlassen können.

145 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es
146 mehr Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und
147 die Positionen der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht
148 werden.

149 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen
150 Verfassung. Das Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat
151 ein gleichberechtigter Teil der gesetzgebenden Gewalt werden.

152 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass
153 alle Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt
154 das Europäische Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin
155 der Kommission. Zudem sind bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem
156 jeweils eigenen Land wählbar. Das wollen wir im Sinne eines
157 grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der Abgeordneten soll
158 zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische
159 transnationale Listen bestimmt werden.

160 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die
161 Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein
162 großer Erfolg.

163 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen
164 Parlament wollen wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

165 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum können europäische Bürger*innen, die nach
166 dem Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in
167 einem Bürger*innen-Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war
168 das Prinzip der Europäischen Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument
169 fest verankern.

170 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema
171 auf die Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir
172 erweitern, verbindlicher und bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss
173 zwingend innerhalb eines Jahres ein Gesetzesvorschlag der Europäischen
174 Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie dem Rat zur Abstimmung
175 vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen als Zwischenschritt auch
176 ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

177 Handlungsfähiger werden

178 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige
179 EU angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von
180 Mehrheitsentscheidungen Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch
181 Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen deshalb
182 leicht blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit
183 abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer
184 Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

185 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
186 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe
187 von mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu
188 kooperieren und gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller
189 wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das
190 Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen Mitgliedsländer
191 sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

192 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und
193 zeitnah in die Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für
194 die wir eintreten, bedarf einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent
195 unter der Einbeziehung von EU-Bürger*innen einberufen. Dieser soll die
196 Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft der EU einbeziehen. Hier waren
197 Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen Perspektiven für die EU
198 beteiligt.

199 Korruption bekämpfen

200 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher
201 Politik richtet Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im
202 Europäischen Parlament, in der Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit
203 demokratischer Prozesse und das Vertrauen in die EU zu stärken. Wir machen
204 Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar. Mit dem
205 Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das
206 dringlicher denn je.

207 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei
208 Verstößen müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-
209 Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen
210 politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen,
211 die auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen
212 Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im
213 Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

214 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige
215 Ethikbehörde ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle
216 durchsetzt. Beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare
217 Karenzzeitregeln, die an Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren
218 Kontrolle.

219 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag-
220 und Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der
221 Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness

222 im demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und
223 Onlinehass.

224 2. Feminismus

225 Europa zum Motor für Frauenrechte machen

226 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt
227 leben können. In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft –
228 überall gibt es noch viel zu tun. Oft war Europa die Vorreiterin für
229 Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter. Doch rechte und
230 rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften ins
231 Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus
232 dem Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
233 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im
234 Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit
235 aller Macht entgegen.

236 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf
237 unserem Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle
238 Politikbereiche der Union ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European
239 Institute for Gender Equality) stärken und ausbauen.

240 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig
241 und umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in
242 der kommenden Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen
243 Schritten in Sachen Gleichberechtigung voranzukommen.

244 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.
245 Wir wollen auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und
246 Mädchen stärkt. Dazu gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf
247 körperliche Selbstbestimmung sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle
248 sichergestellt sind. Wir wollen den uneingeschränkten Zugang zu
249 Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur Familienplanung ist
250 die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der EU
251 verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-
252 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

253 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen

254 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
255 Als Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen
256 schaffen sie Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am
257 Arbeitsmarkt hilft Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum
258 Beispiel Altersarmut zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch
259 politisch den Weg ebnen.

260 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von
261 Frauen, klappt in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent,
262 in Deutschland sogar bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der
263 Lohntransparenzrichtlinie ein großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch

264 Auskunftsansprüche und Berichte, Entschädigungsansprüche bei
265 geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die Rechte der
266 Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese
267 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich
268 müssen sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt
269 werden, durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die
270 gerechtere Verteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen
271 Frauen und Männern verbessert werden.

272 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu
273 schaffen und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen
274 Rat eine Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern
275 partnerschaftlich ermöglichen, Berufs- und Privatleben miteinander zu
276 vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die Partner*innen nach der Geburt eine
277 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die Bundesregierung hier
278 einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der partnerschaftlichen
279 Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von
280 Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem existierenden
281 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken.
282 Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen
283 sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber
284 nicht zu.

285 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der
286 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz
287 Europa. Angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu
288 fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir das
289 Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir
290 deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Darlehen und
291 Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch
292 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu
293 bestehenden Fonds, aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

294 Gewaltschutz durchsetzen

295 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von
296 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen
297 Frauen verhindert bzw. verfolgt und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein
298 dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen, da sie die Trennung von
299 gewalttätigen Partnern erleichtert und somit eine wichtige Voraussetzung für ein
300 selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist das erste Instrument in
301 Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt
302 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative
303 der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis
304 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik,
305 Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht
306 ratifiziert. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und
307 ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention beigetreten ist. Wir wollen, dass alle
308 Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen mindestens den
309 Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht
310 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen
311 für Opfer sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie

312 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet
313 und umgesetzt werden.

314 Menschenhandel bekämpfen

315 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir
316 durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die
317 verbreitetste Form des Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der
318 sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden gezwungen, unter menschenunwürdigen
319 Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als die Hälfte der Opfer von
320 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind EU-
321 Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

322 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung
323 und zum Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen
324 stärken. Darüber hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-
325 Opferschutz-Richtlinie dafür stark, dass alle Opfer von Straftaten besser
326 geschützt werden. Wir wollen den Zugang zu Informationen über Opferrechte
327 stärken sowie eine gute Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, öffentlichen
328 Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der Opferschutz im
329 Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben, ist
330 falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch
331 Schutzprogramme und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der
332 Täter*innen erleichtert.

333 Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen

334 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
335 nicht angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in
336 Europa müssen wir immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten
337 und Vorständen zu finden. Wir begrüßen, dass die Richtlinie zu
338 Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Denn verbindliche Quoten
339 sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft und Politik
340 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch
341 die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

342 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen
343 wir ein effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-
344 Haushalt durchsetzen. Es ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für
345 alle Geschlechter aufzustellen: In der neuen Haushaltsordnung ist nun
346 festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach Geschlechtern transparent
347 gemacht wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der
348 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission
349 eine Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die
350 Gleichstellung entwickelt. Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert
351 werden. Aufgrund der neuen Datenlage muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen
352 geschlechtergerecht gestaltet werden.

353 3. Europas Vielfalt

354 Zivilgesellschaft stärken

355 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener
356 Menschen aus. Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen
357 und religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven
358 ein, gestalten unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische
359 Demokratie ist stark, weil sie in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen und
360 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten.
361 Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

362 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst
363 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament
364 haben wir erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den
365 Weg gebracht. So sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen
366 überall in Europa rechtlich abgesichert arbeiten können.

367 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für
368 Menschen, die Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene
369 angemessen beraten können, wollen wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter
370 fördern und ausbauen.

371 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger,
372 Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So
373 fördern wir Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die
374 Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und dort aktiv sind, wo
375 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders unter Druck stehen.

376 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind
377 Bestandteil unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und
378 Einrichtungen, die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv
379 für eine vielfältige und freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres
380 Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz.
381 Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und Gemeinden dabei
382 unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu bringen.
383 Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe
384 unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

385 Diskriminierung überwinden

386 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte
387 gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit.
388 Sie müssen unabhängig davon gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie
389 liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in seiner Vielfalt zusammenhält und die
390 Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft demokratischen Fortschritt,
391 Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses Versprechen einzulösen, muss die EU
392 konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen.

393 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft
394 tief verwoben. Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem
395 stellen wir uns entschlossen entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als
396 Deutschland und dem Versprechen „Nie wieder!“, dem sich auch Europa nach dem

397 Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es ist die Aufgabe aller
398 Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten und
399 sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen.
400 Wir befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für
401 Sicherheitsprojekte, um sie dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es
402 nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in all seinen Formen entgegenzutreten,
403 sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar zu machen und zu
404 stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und
405 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir
406 politische und kulturelle Bildungsangebote fördern.

407 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa.
408 Muslimisches Leben gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten
409 und verschwörungsideologischen Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU
410 nach langer Zeit endlich die Stelle der EU-Koordinatorin gegen
411 Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

412 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und
413 sich dabei von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit
414 Romani-Hintergrund werden beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit
415 oft benachteiligt. Damit die politische Teilhabe und der Einsatz gegen
416 Antiziganismus gefördert werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium
417 ein. Diesem gehören unter anderem Expert*innen für Roma-Politik,
418 Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale Gebietskörperschaften
419 an.

420 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen,
421 auf dem Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen
422 werden, sondern müssen Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch
423 ihre Vorgaben den Schutz gegen Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um
424 das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie Schutzlücken zu
425 schließen, wollen wir, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich
426 verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des Antirassismusbeauftragten der
427 Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus besetzt werden. Wir
428 unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen Minderheitenrechte wie
429 den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken.

430 Queere Rechte schützen

431 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben
432 zu können, ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den
433 letzten Jahrzehnten viele ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben
434 wir, dass autoritäre Kräfte versuchen, diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten
435 ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit für lesbische, schwule, bisexuelle,
436 trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ*) nicht möglich, weil ihre Rechte
437 eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen werden. Diesen
438 Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation sie
439 geschehen oder von wem sie ausgehen.

440 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ*
441 Freedom Zone“ erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die
442 EU-Kommission und der Rat alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente –
443 inklusive Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen – nutzen, um das

444 systematische Vorgehen von Regierungen gegen LGBTIQ*-Personen sowie die
445 Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

446 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei
447 Müttern, alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht
448 darüber entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf
449 Freizügigkeit muss auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir
450 streiten dafür, dass eine in einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene
451 Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt
452 wird.

453 Inklusion verwirklichen

454 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf
455 Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-
456 Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle
457 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen
458 Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass die inklusive Gesellschaft
459 endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

460 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
461 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter
462 anderem das Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und
463 Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten.

464 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen
465 mit Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte
466 Personen erleben in ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe
467 am öffentlichen Leben einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-
468 Barrierefreiheitsrichtlinie, der sogenannte European Accessibility Act (EAA), in
469 allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland – umgesetzt wird.

470 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu
471 machen, wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen,
472 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und
473 barrierefreies Reisen durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die
474 Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

475 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

476 Kultur als Säule der Demokratie

477 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht
478 aus dem Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von
479 außen und der beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert
480 an sich und zugleich ein unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn
481 in ihr finden Austausch und Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste
482 Weise statt. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und Kultur gegen staatliche
483 Eingriffe, aber auch durch die Gestaltung einer öffentlichen Förderung, die
484 künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken ermöglicht.

485 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich
486 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und
487 Kulturveranstalter*innen in ganz Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort,
488 wo Vielfalt und Demokratie unter Druck stehen. Es soll sich als Dienstleister
489 für Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und
490 zielgerichtet unterstützt.

491 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische
492 Dimension der Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt.
493 Wir wollen daher im Rahmen von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem
494 Beratung und Finanzierung für den Wandel der europäischen Kulturzusammenarbeit
495 hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die Idee des Neuen Europäischen
496 Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für klimaneutrales Bauen und
497 Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als eigene
498 Mission in Horizont Europa verankern.

499 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres
500 Kontinents erlebbar und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept
501 fortführen, dabei aber die Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter
502 gestalten.

503 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen
504 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten
505 unter anderem virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche
506 Treiberinnen von Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor
507 hinaus. Diese Strukturen wollen wir fördern und gegen die Marktmacht der großen
508 internationalen Plattformen schützen, etwa indem wir uns in Handelsabkommen für
509 die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

510 Kreative stärken

511 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere
512 lebendige Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher
513 Veränderungen müssen sie ihren Platz in der Wertschöpfungskette der
514 Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das gilt vor allem für die neuen
515 Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von Menschen
516 erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit tritt sie in
517 Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher für die
518 Durchsetzung der Rechte von Urheber*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die
519 Zustimmung zur Verwendung ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden
520 Urheberrechts verweigern dürfen. Urheber*innen wollen wir bei der fairen
521 Vergütung ihrer Werke unterstützen. Urheber*innen und auch andere
522 Kulturschaffende wie Schauspieler*innen oder Musiker*innen müssen einen Platz am
523 Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt
524 entschieden wird.

525 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative
526 wollen wir die Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden
527 weiter stärken. Für Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht,
528 wollen wir einen sicheren Hafen und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

529 Medienfreiheit garantieren

530 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische
531 Öffentlichkeit. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute
532 angegriffen. Wir unterstützen deshalb verbindliche Instrumente, um gegen die
533 Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form offener Zensur, durch die
534 Kontrolle und Zentralisierung von Verlagseigentum oder auf anderem Weg –
535 vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem
536 Grundsatz der Staatsferne folgen müssen.

537 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der
538 Plattformen im Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell
539 beeinträchtigt. Wir streben deshalb an, durch geeignete Instrumente die
540 Wettbewerbssituation für journalistische Angebote besonders im Netz zu
541 verbessern.

542 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung
543 einer gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb
544 setzen wir uns für einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des
545 öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den
546 erfolgreichen Ansatz des Senders arte ausbauen und ihn schrittweise zu einem
547 gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber hinaus setzen wir uns für
548 die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Europa und
549 für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im
550 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU
551 ein Raum des freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen
552 die Presse- und Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

553 Europäisch erinnern

554 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller
555 Gesellschaften eines Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen
556 gezeichnet war. Die EU als Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven
557 zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung
558 und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine
559 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von
560 bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen mit
561 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der
562 Verständigung widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch
563 überlagernden Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die
564 Unterdrückung durch die Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und
565 nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer Umdeutung der Geschichte im
566 Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

567 Allen Versuchen, einen „Schlussstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
568 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen,
569 stellen wir uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten
570 unvereinbar. Wir werden dies nicht unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland,
571 nicht in Europa, nirgendwo.

572 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord,
573 Kolonialismus, Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien.

574 Viele europäische Staaten waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren
575 teilweise noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen
576 wir die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den
577 Nachkommen, mit Forscher*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus
578 ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene vorantreiben. Dazu
579 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

580 Fair Play im Sport

581 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France –
582 Sport steht im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt
583 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen
584 Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen
585 Verbände stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen Zusammenhalt,
586 Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und Hass stark machen.
587 Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen.

588 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair
589 und transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen
590 diametral entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur
591 etablieren, die sich mit NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen sowie
592 internationalen Ermittler*innen für Transparenz, Integrität und echte
593 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport
594 kümmert.

595 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür,
596 dass internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben.
597 Wenn sie mit klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische
598 Fairness und Nachhaltigkeit arbeiten, können sie damit weltweit einen
599 Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen. Wir setzen besonders auf eine
600 grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen. So machen wir den
601 europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

602 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele
603 Sportarten sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der
604 Sport Schäden. Wir wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege
605 aufzeigen, wie sich Europas vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

606 5. Humanität und Ordnung

607 Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen

608 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden
609 Bevölkerung und sucht händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren
610 Wohlstand zu sichern, müssen wir im weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und
611 fleißige Hände attraktiver werden und Einwanderung modern gestalten. Statt
612 bürokratischer und langwieriger Verfahren wollen wir die Fach- und
613 Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern.
614 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten
615 einheitlich und unbürokratisch zu gestalten.

616 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter
617 ausbauen. Dafür braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und
618 eine Digitalisierungsoffensive, damit Anträge schnell und auch digital gestellt
619 werden können. Fach- und Arbeitskräfte gewinnen wir aber nicht nur durch
620 unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch sicherstellen, dass sich
621 Migrant*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur schnell bei
622 uns einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht
623 uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und
624 Ausgrenzung entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um
625 Angebote für eine gute und schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen
626 wir den kommunalen Integrationsfonds stärken und weiter ausbauen.

627 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne
628 Papiere. Faire Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu
629 wollen wir mehrsprachige und niedrigschwellige Beschwerde- und
630 Beratungsstrukturen ausbauen und stärken, damit sich alle Arbeiter*innen an sie
631 wenden können.

632 Gemeinsame Asylpolitik angehen

633 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie
634 humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer
635 Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-
636 Kinderrechtskonvention, der Behindertenrechtskonvention und dem internationalen
637 Seerecht.

638 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um
639 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen
640 Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den
641 Mitgliedstaaten und verteidigen unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und
642 Grenzzäune schaffen Chaos und Leid, rechtsstaatliche Verfahren sorgen für
643 Humanität und Ordnung.

644 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung
645 und Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen
646 Grenzmanagement angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften,
647 verlässlichen und verpflichtenden Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um
648 die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle
649 Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder
650 durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und
651 Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation. Mitgliedstaaten,
652 die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell
653 entlastet werden.

654 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von
655 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken
656 und die kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung
657 Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der
658 Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der
659 Geflüchteten in Einklang bringen.

660 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur
661 in ihren Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen

662 Asylregeln durchsetzen kann. Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System
663 in einzelnen Mitgliedstaaten überlastet ist, auch die Kompetenz für
664 Asylverfahren erhalten. Dabei sind menschenrechtliche Verpflichtungen
665 einzuhalten und streng zu kontrollieren.

666 Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen

667 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf
668 Freizügigkeit bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der
669 größten Errungenschaften für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft.
670 Deshalb lehnen wir dauerhafte und stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

671 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die
672 Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und
673 kontrollieren können, wer nach Europa kommt.

674 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss
675 europäischer Politik nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im
676 eigenen Handeln voraus. Mit dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das
677 europäische Versprechen von Humanität und Rechtsstaatlichkeit für Tausende
678 jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten zerschellt.

679 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns
680 entschieden entgegen. Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen
681 zuverlässig registriert, erstversorgt und menschenwürdig untergebracht werden.
682 Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei
683 immer und überall.

684 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an
685 Europas Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind
686 Misshandlungen ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert
687 oder sie werden in Seenot ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein,
688 dass illegale Pushbacks rechtlich und politisch konsequent geahndet werden. Wir
689 wollen außerdem das staatliche und zivilgesellschaftliche
690 Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur weiter ausbauen.
691 Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von
692 Frontex-Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort.
693 Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den
694 Geflüchteten und den Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen
695 immer auf der Basis von Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit
696 mit der libyschen Küstenwache wollen wir endlich beenden.

697 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete
698 versorgen und beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und
699 Anwält*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement
700 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen,
701 queeren Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei
702 besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich allein auf den Fluchtweg machen,
703 müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie müssen kindergerecht
704 untergebracht und versorgt werden.

705 Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen

706 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und
707 rechtsstaatliche Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu
708 unabhängigen Asylberatungen haben, um ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen.
709 Auch im Rahmen von möglichen Grenzverfahren muss eine unabhängige Rechtsberatung
710 gewährleistet sein.

711 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer
712 Aufenthaltserlaubnis führen. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und
713 aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller
714 Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen –
715 sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer
716 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige
717 Rückkehr Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir
718 uns für eine europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

719 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in
720 denen ihnen Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und
721 Leben drohen. Eine Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die
722 betroffene Person eine klare Verbindung hat. Das Konzept der sicheren
723 Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Der Abschluss von sogenannten
724 Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss menschenrechtsbasiert, die
725 Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe
726 erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der
727 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden.

728 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
729 Probleme. Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der
730 Entscheidung verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger*innen eine sichere
731 Rückkehr garantieren, sollen über Visaerleichterungen oder
732 Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete Migration erhalten.
733 Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer
734 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

735 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in
736 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben.
737 Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die
738 europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir
739 setzen uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem
740 ein.

741 Menschen in Seenot retten

742 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.
743 Als EU ist es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand
744 nicht zu verschließen. Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen,
745 das eigene Leben oder das der Familie und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen
746 nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt
747 bleibt.

748 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht
749 endlich eine europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und

750 staatlich koordinierte Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der
751 Seenotretter*innen, die Menschenleben retten. Alle Mitgliedstaaten der EU sind
752 dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass Seenotrettungsorganisationen ihre
753 Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die
754 finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger
755 Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit
756 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den
757 nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und
758 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert
759 und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten,
760 treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen,
761 Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von
762 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl
763 erhalten.

764 Sichere und legale Fluchtwege schaffen

765 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung
766 sicherer und legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben,
767 sondern legen auch Schleuser*innen das Handwerk.

768 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit
769 Staaten außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und
770 Arbeitsmigration schaffen und können gleichzeitig die menschenrechtlich
771 abgesicherte Rückführung abgelehnter Asylbewerber*innen umfassen.

772 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks
773 UNHCR deutlich auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen
774 (UN) anerkannte und besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und
775 solidarisch auf die Aufnahmeländer verteilt werden. Wir wollen, dass sich der
776 Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten bemisst. Das EU-Resettlement muss
777 sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das individuelle Recht
778 auf Asyl nicht schwächen.

779 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass
780 Asylsuchende Europa erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen
781 wir in besonderem Maße unserer Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften
782 sowie besonders gefährdeten Afghan*innen und ihren Familien gerecht werden. Wir
783 setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt werden.
784 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der
785 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen
786 wir mit einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium
787 fortzusetzen.

788 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können.
789 Familien gehören zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse
790 die Integration.

791 6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität

792 Polizeiliche Zusammenarbeit stärken

793 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige
794 Institutionen, die Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und
795 Frauen, die oft unter großem persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen.
796 Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und verursacht enorme Schäden –
797 sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen, unsere Lebensqualität,
798 unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende Vernetzung
799 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer
800 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und
801 Justizarbeit muss in einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend
802 stattfinden sowie im Einklang mit Bürger*innen-Rechten und rechtsstaatlichen
803 Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention und gemeinsame
804 Strafverfolgung.

805 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll
806 eigene operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und
807 Organisierter Kriminalität (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS)
808 entwickeln wir weiter, um den Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von
809 Europol durch das Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz
810 sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol sind Austausch und Vernetzung der
811 europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die polizeiliche Zusammenarbeit
812 fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-Teams, die in enger
813 Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in
814 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

815 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der
816 Polizeiarbeit stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes
817 Austauschprogramm für Polizist*innen, bauen die Kooperation und Forschung an
818 Polizeihochschulen und Universitäten aus – und stärken so eine
819 wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei
820 einbeziehen.

821 Organisierte Kriminalität bekämpfen

822 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet
823 Steuerzahler*innen und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und
824 Rechtsstaat unterwandern. Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf
825 investigative Journalist*innen, die Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche
826 oder die politische Einflussnahme durch Korruption. Damit schädigt die OK
827 insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa und hindert deren
828 Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen der OK
829 vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick.
830 Dafür stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei
831 und Justiz. Die europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir
832 harmonisieren.

833 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so
834 auch Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den
835 Kampf gegen die unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir

836 konsequent führen und den Opfern besonderen Schutz zukommen lassen. Ein
837 Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der Umweltkriminalität und Agromafia: Die
838 illegale Entsorgung von Müll, der illegale Holzeinschlag oder der Handel mit
839 fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme Schäden für Mensch und
840 Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen. Ein nachhaltiges
841 Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der
842 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir
843 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK
844 engagieren.

845 Gegen Geldwäsche vorgehen

846 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat
847 und Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100
848 Milliarden Euro jährlich „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele
849 Tausende von Kleinanleger*innen geschädigt. Wir wollen entschieden gegen
850 Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch den organisierten Steuer- oder
851 Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen. Finanzermittlungen bieten häufig
852 erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen Gruppen die
853 Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht
854 lohnen!

855 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer
856 schlagkräftigen Institution im Kampf gegen Geldwäsche und
857 Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen darauf, dass alle EU-
858 Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale Standards zur
859 Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der automatische
860 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein,
861 dass international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan
862 vorangetrieben wird. Wir setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein.
863 Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen Eigentümer von
864 Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen regelmäßig für
865 Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der
866 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und
867 Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu
868 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist*innen und
869 andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym möglich
870 sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt
871 werden. So schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden wir die
872 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die
873 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente
874 im Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer
875 Herkunft in Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen
876 werden können. Für Bargeld werden wir EU-weit gültige Höchstgrenzen festlegen,
877 um den Transfer von inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische
878 Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell und finanziell stärken,
879 damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die
880 Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

881 Terrorismus das Handwerk legen

882 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch
883 und rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie
884 stellen eine enorme Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke
885 reichen oft über den gesamten Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss
886 hier einen wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut
887 abgestimmte polizeiliche wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit
888 mit einheitlichen Standards und Definitionen ist notwendig, um dem Terror das
889 Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-Koordinators
890 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu
891 mehr Austausch und Kooperation verpflichten.

892 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die
893 politische Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den
894 europaweiten Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell
895 fördern wollen. Dazu zählt die Bildungsarbeit an Schulen oder
896 Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder Angebote für
897 Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir EU-
898 weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen beobachten
899 wir genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von
900 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen
901 vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

902 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem
903 Terror die operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich
904 terroristische und kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den
905 Zugang zu Schwarzmärkten und legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen
906 uns für gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung
907 von Terrorist*innen ein.

908 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit
909 einheitliches Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen
910 Gründen ihre Spur verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-
911 weit einheitlich definieren, um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung
912 sicherzustellen.

913 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder
914 gezeigt, dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht
915 verfügbar sind. Wir wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen
916 einschränken und den Schwarzmarkt austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen,
917 beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir wirksame europäische Standards
918 einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr möglich ist. Waffen
919 und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir setzen uns
920 für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für
921 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen
922 wollen wir durch ein strenges Monitoring unterbinden.

923 Nachrichtendienste effektiv aufstellen

924 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten,
925 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und

926 offene Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran
927 nehmen dabei die gesamte EU in den Blick und koordinieren ihre Vorgehen in den
928 verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind Angriffe auf
929 Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem müssen
930 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die
931 Nachrichtendienste spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer
932 wehrhaften Demokratie.

933 Bisläng wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und
934 Erkenntnisse europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive
935 und demokratische Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global
936 besser gewährleisten können. Deshalb wollen wir für eine bessere und
937 rechtsstaatliche Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste eine
938 europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll in den Mitgliedstaaten
939 gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher Vorgaben,
940 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es
941 braucht demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der
942 Agentur, die unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden.
943 Wir setzen uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf
944 klaren Rechtsgrundlagen stehen, effektiv begrenzt werden und eine
945 parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten eingehalten wird. Einen
946 rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den
947 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine
948 bessere Vernetzung und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf
949 der europäischen Ebene ein.

950 Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen

951 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen
952 einheitlichen europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von
953 der Organisierten Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir
954 insbesondere das Strafrecht weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in
955 die Liste der EU-Straftaten aufnehmen, damit sie europaweit verfolgt werden
956 kann.

957 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen
958 stärken: Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in
959 Strafsachen (Eurojust) wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und
960 die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene
961 Ermittlungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im Bereich von Terrorismus
962 und OK führen. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen wir vereinfachen und
963 in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden können. Durch die
964 Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs unter
965 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und
966 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

967 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven
968 Rechtsschutz von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen,
969 Zeug*innen und investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle
970 bei der Aufklärung von Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb
971 besser schützen. Dafür schlagen wir ein EU-Netz vor, das europaweit einen
972 wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der Aufdeckung und Verfolgung von

973 Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei unterstützen, bei der
974 Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten. Das wollen
975 wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere Rolle bei
976 der grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

977 Die Bevölkerung schützen

978 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
979 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und
980 gigantische Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere
981 Kritische Infrastruktur unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern
982 unserer modernen Gesellschaft. Sie versorgen uns mit Energie oder Informationen.
983 Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen dieses Ausmaßes schnell
984 überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination praktisch
985 helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir
986 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und
987 zusammendenken. Dabei nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein
988 verbindliches IT-Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf
989 digitale Systeme zu verhindern.

990 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise
991 unabsehbaren Folgen weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen
992 Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen, Schäden zu reduzieren. Wir wollen das
993 europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken und mit eigenen
994 europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte
995 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden.
996 Den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe
997 bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

998 7. Digitale Bürgerrechte

999 Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern

1000 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die
1001 Art, wie wir zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer
1002 Werte eine Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU
1003 dabei als Vorbild und Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in
1004 einer globalisierten digitalen Welt stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung
1005 der digitalen Dimension die Rechte der Menschen immer mitdenken. Menschen haben
1006 das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch anderen Technologien
1007 vereinnahmt zu werden.

1008 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige
1009 Gesellschaft abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum
1010 übertragen wird. Wir fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und
1011 eine aktive Beteiligung von Frauen an den Gestaltungspositionen der
1012 Digitalisierung.

1013 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die
1014 anlasslose Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die
1015 Überwachung von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien

1016 zur Erkennung von Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst
1017 persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische
1018 oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir aufgrund der hohen
1019 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits
1020 marginalisierte Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von
1021 Emotionserkennung zur Unterstützung im medizinischen und sozialen Bereich sollen
1022 davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf eine sichere Kommunikation und
1023 Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen. Sie ist gerade für eine freie
1024 Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen Kräften in
1025 autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1026 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung
1027 entsprechender Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der
1028 EU wird Spyware eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die
1029 Verwendung von Spyware, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist*innen oder
1030 Staatsanwält*innen, lehnen wir ab.

1031 Gegen Hass im Netz vorgehen

1032 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung
1033 der Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen
1034 erlauben es heute, dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste
1035 Weise aufbereitet und diskutiert werden können.

1036 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet.
1037 Wahlen sollen bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir
1038 treten dafür ein, dass Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die
1039 gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt
1040 werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit Lagebilder zu
1041 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung
1042 zu schaffen.

1043 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen
1044 Orten an. Mit offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu
1045 drängen. Algorithmen und Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu
1046 einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation
1047 verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen
1048 häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der
1049 demokratischen Debatte.

1050 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem
1051 Digitale-Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die
1052 Grundsteine gelegt, um mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln
1053 Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu schaffen und
1054 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und
1055 Europa konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln.

1056 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene
1057 Personen einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür
1058 wollen wir auch eine europaweite Opferberatung und niedrigschwellige
1059 Hilfsangebote etablieren. Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei
1060 und Staatsanwaltschaften in den Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die
1061 konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch die rechtlich

1062 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum
1063 Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den
1064 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende
1065 Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.

1066 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von
1067 Desinformation eine wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen
1068 ohne Überprüfung aus den sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei
1069 der Verbreitung von Falschinformationen mitwirken. Die Verbreitung von
1070 hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder durch KI
1071 manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und
1072 ist für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-
1073 Gesetzes erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein
1074 wichtiger Baustein der Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt
1075 in der Stärkung der Informationskompetenz, damit Menschen besser
1076 Desinformationen erkennen können.

1077 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten,
1078 sollen entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen
1079 Nutzer*innen werden.

1080 Europas IT schützen

1081 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser
1082 Zusammenleben spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste
1083 Schutz vor Cybercrime aber liegt in der Prävention und in der Resilienz
1084 digitaler Systeme. Wir sorgen für eine konsequente Etablierung von hohen IT-
1085 Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten, Diensten und Prozessen. Wir
1086 setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU-Richtlinie zur
1087 Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Wir
1088 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken.
1089 Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür
1090 weiter.

1091 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen
1092 wir eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von
1093 Cyberoperationen begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und
1094 Verwaltungssysteme sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir
1095 setzen uns für einen norm- und regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie
1096 und internationaler Zusammenarbeit geprägt ist. Gleichzeitig geht
1097 Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir Kompetenzen
1098 in der EU ausbauen.

1099 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für
1100 sichere „Digitale Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich
1101 relevante Datenbanken und technische Infrastrukturen in anderen europäischen
1102 Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten werden können, um auch in Krisen- und
1103 Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang zu Daten, zum Beispiel von
1104 Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den
1105 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1106 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen
1107 haben auch zu einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die

1108 Strafverfolgung reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime
1109 kennt ebenso wie das Internet keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von
1110 Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität im Netz. Auch die europaweite
1111 polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung stärken wir. So gehen
1112 wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten
1113 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit
1114 gezielten Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im
1115 Internet begangen werden.